

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis halbjährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interims-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Anzeigen- oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 30 Pf. (zulässig 2 Zeilen pro Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzeilenanzeigen und Schließelanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilung täglich außer Montag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 12. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Flottenrüstungen und Proletariat.

Wir haben kürzlich die Flottenpropaganda, die in dem neuesten halbamtlichen Flottenhandbuch für 1912, dem bekannten „Nautikus“, geübt wird, in einem Leitartikel ein wenig unter die kritische Lupe genommen. Heute sei abermals ein jener Argumente ein wenig näher untersucht, das in dem dickleibigen offiziellen Werke eine hervorragende Rolle spielt und von der für Welt- und Flottenpolitik schwärmenden kapitalistischen Presse unbesehen übernommen worden ist. Es handelt sich freilich um kein neues Argument, vielmehr um die famose Beweisführung, daß die Arbeiterklasse doch schon deshalb nicht gegen die Flottenvermehrung eintreten dürfe, weil ja in den Ausgaben für Schiffsmaterial aller Art, für Panzerplatten, Geschütze, Munition usw. ein erheblicher Teil von Arbeiterlöhnen stecke. Das Flottenrüstungen gewähre also diesen Tausenden von Arbeitern Arbeitsgelegenheit — deshalb liege schließlich das Betrüsten im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse selbst!

Es handelt sich hier um das alte Anekdötchen für Leute, die nicht denken können, und die man auch mit dem Argument zu füttern versucht hat: Ihr Arbeiter habt ein Interesse an einer Verstärkung des Militarismus, denn je mehr Soldaten eingestellt und auf Staatskosten gefüttert werden, desto geringer wird das Angebot auf dem Arbeitsmarkt, desto günstiger werden eure Lohnchancen. Auf den Weim kriecht nun freilich schon längst kein normaler Arbeiter mehr. Weiß das Proletariat doch nur zu gut, daß für jeden deutschen Proletarier im „vornehmsten Kod“ von den verschiedensten Unternehmerorganisationen, der „Feldarbeiterzentrale“ usw., schleunigst ein rechtloser Ausländer nach Deutschland importiert wird. Sind doch allein von dieser Seite im letzten Jahre nicht weniger als 700 000 Ausländer nach Deutschland eingeführt worden, nicht nur Landarbeiter, sondern auch mehrere hunderttausend Industriearbeiter, die ja, weil sie von dem Ausbeutertum so willfährigen Behörden jederzeit wieder über die Grenze abgeschoben werden können, von den Unternehmern als Lohnrüder und Sprengkolonnen gegen die Gewerkschaften ganz besonders geschätzt werden. Aber auch davon abgesehen, schon der Gedanke, wer hat denn letzten Endes den Unterhalt der Soldaten zu bezahlen, liegt der Arbeiterklasse viel zu nahe, als daß sie noch auf den Singsang unserer Militaristen hereinfallen könnte. Denn sie weiß, daß das Volk der Arbeit die Lasten für die Rüstungen zum allergrößten Teil zu tragen hat, da ja das System der volksausplündernden indirekten Steuern im Deutschen Reich mit undergleichbarer Virtuosität ausgebaut ist. Und schließlich, um noch ein Moment aus allerneuester Zeit hinzuzufügen: wem wirklich eine Ueberproduktion an Menschen und Arbeitskräften vorhanden wäre, warum heulmeiert denn dann unsere Ordnungspresse so furchtbar über die Abnahme der Geburten? Wenn es darauf ankäme, die Armee der produktiv Schaffenden möglichst klein zu erhalten, so wäre doch die Abnahme der Volksvermehrung geradezu das soziale Allheilmittel!

Wer aber auch nur in die Geheimnisse des Einmaleins eingedrungen ist, weiß nur zu gut, was von dem famosen Singsang zu halten ist, daß das Flottenrüstungen im Interesse der Arbeiterklasse liege, weil ja ein Teil der maritimen Rüstungsausgaben schließlich wieder aus Arbeiterlöhnen bestehe. Ja, wenn nun aber die Arbeiterklasse selbst nicht nur diese Arbeiterlöhne bezahle, sondern obendrein auch noch für die Profite der Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten und all jene anderen ungeheuren Ausgaben aufkommen muß, die bei dem Flottenrüstungen einfach ins Wasser geworfen werden? Was würde wohl ein Kapitalist, etwa ein Kaufhausbesitzer, sagen, wenn man ihm als rationell und nutzbringend empfehlen wollte, tausend Proletariern ohne Gegenleistung die Unterhaltskosten zu bezahlen, damit diese tausend von ihm Unterhaltenen dann einen Teil der von ihm gezahlten Rente bei ihm wieder in Waren anlegen möchten! Er würde den Mann, der ihm etwas derartiges anpreisen wollte, für reif fürs Irrenhaus erklären!

Schon Parvus hat in seiner 1907 erschienenen Broschüre „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch“ das Lohndrückerei der Empfehlung der Rüstungen als eines Mittels zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit trefflich gelentzigt. Er schrieb da:

„Das gibt, erklären diese Arbeiterfreunde, Beschäftigung für viele Arbeiter. Allerdings, jedoch Beschäftigung für Arbeiter geben ja auch die Ausgaben fürs Meer, überhaupt alle Ausgaben, die vom Staat gemacht werden. Denn das Geld selbst vermag doch nichts hervorzubringen. Das Geld ist nur eine Anweisung auf Arbeit. Wenn man dem Staat soundso viel Steuern oder Anleihen bewilligt, so bedeutet das nichts anderes, als daß man ihn in den Stand setzt, für seine Zwecke soundso viel Waren zu kaufen oder Arbeiter zu beschäftigen. In solchem Sinne dienen auch die Kriegsausgaben dazu, um Arbeiter zu beschäftigen: indem für dieses Geld das Getreide den Bauern abgekauft wird, alle anderen Lebensmittel den resp. Lieferanten, ferner Kleidung, Munition usw. Das Pulver, das man verfährt, sei es im Arlege oder bei Paraden oder in Feuerwerken — es gibt Arbeit, gibt Beschäftigung. So ist es aber nicht nur mit dem Staat, sondern mit jeder Geldausgabe, und wäre es

die tollste Verschwendung. Darin liegt ja die Macht und der Fluch des Geldes, daß, wer es hat, damit nach seiner Laune Arbeiter „beschäftigt“, indem er jene oder diese Warenbestellungen macht. Der reiche Prolet vermag nicht nur seine eigene Zeit totzuschlagen, sondern auch die Arbeitszeit vieler rechtschaffener Menschen zu vergeuden. Wer Champagner kauft, bezahlt den Gastwirt, den Kellner, den Weinhändler, den Weinbauer, den Flaschenfabrikanten usw. Steils behaupteten deshalb die Reichen, es sei zum Wohle des Volkes, wenn sie sich den Vauz mit Lederzei vollstopfen — wovon würden sonst die Kuchenbäcker leben? Ähnlich der Staat bei jeder Verschwendung von Geld und Arbeit des Volkes. Was man dabei nicht sehen will, ist, daß das Geld auch in den Händen des armen Mannes, des Steuerzahlers nicht verrotet. Der Arbeiter, der Bauer wüßten schon, was sie mit ihrem Geld anfangen sollten, wenn der Staat es ihnen nicht als Verbrauchssteuern und sonstigen Abgaben abgenommen hätte. Den Massen des deutschen Volkes fehlt schon mancherlei, es ist mancherlei, was die deutsche Arbeiter-, Handwerker- oder Bauernfamilie braucht und nicht hat! Hätte man nicht sozial Steuern an den Staat abzuliefern gehabt, so würde man sich öfter ein Kleidungsstück angeschafft haben, für das sich, wie man weiß, nur allzuleicht in jeder Familie ein Bedarf herausstellt, oder der Arbeiter und Handwerker sähen um ein paar Mal im Monat öfter Fleisch auf dem Tisch, und auch der Bauer wäre eher imstande, ein Schwein aufzufüttern, und brauchte nicht die Ferkel im Sack nach dem Markt zu tragen, um ein paar Mark herauszuschlagen, die er zur Steuer- oder Zinszahlung braucht. Erhält die Regierung die vielen Millionen für Marinezwecke, so wandern diese Geldsummen in die Kruppschen Hütten, in die großen Schiffswerften usw., werden für viele Stahlplatten, Kanonen, Dynamit, Kohle, Marinezweibad, Berg, Talg, Leer, zur Bezahlung der Rechnungen der deutschen Marineoffiziere in den chinesischen Teehäusern und der deutschen Marineoffiziere in den chinesischen Bordellen verwendet, — bleiben aber die Millionen in den Händen des deutschen Volkes, so bekommen die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter was zu tun, der Schneider, der Schuhmacher, der Bäcker, der Krämer, der Metzger! Ist es wichtiger, daß jeder im Volke einen Kack auf dem Leibe hat — oder daß die Schiffe viele Panzerplatten erhalten?“

Nicht nur nicht „verrotet“ würde, um den Ausdruck von Parvus zu gebrauchen, das Geld in den Händen der Volksmassen, das nicht bei dem umerlosten Betrüsten milliardenteils für die kulturwidrigsten Zwecke vergeudet wird, sondern es würde sowohl zur Verbesserung der traurigen Lebenshaltung des darbenenden, von Kultur- und Lebensgenuß ferngehaltenen Proletariats dienen, als auch, sofern es von Staats wegen zu Kulturzwecken verausgabt würde, unendlichen wirtschaftlichen und kulturellen Segen verbreiten können. Was könnte — wenn nur 50, nur 30, ja 20 Prozent der unzähligen Millionen, die jährlich der Voloz des Betrüstens aufricht, für Kulturzwecke verausgabt würden — für die Verbesserung des Verkehrs, für die Errichtung von Krankenhäusern und Erholungsheimen, von Schulen und Kindergärten, von Theatern, Kunst- und Bildungsinstituten aller Art geleistet werden! Nicht also eine Erweiterung der Produktion für Kulturzwecke, sondern eine skandalöse Einschränkung der Produktion bedeutet das Betrüsten, das lediglich im Interesse des Ausbeutertums liegt, das ja das Proletariat durch hygienische und Kulturwohltaten und Fortschritte nicht allzusehr „verwöhnen“ mag. Diese politischen und ökonomischen Zusammenhänge legt Genosse Kautsky in seiner Broschüre „Sozialismus und Kolonialpolitik“ in vortrefflichster Weise klar, wenn er schreibt:

„Die Einschränkung der Produktion ist aber nicht die einzige Methode, durch die sich die Kapitalistenklasse der unangenehmen Rohwendigkeit zu entziehen sucht, die vermehrte Produktivität der Arbeit zur Vermehrung der Konsumgüter der Arbeiterklasse anzuwenden. Sie sucht auch die überschüssigen Produkte ihrer Betriebe los zu werden durch ihre Verschwendung. Eine sehr wirksame Methode dafür ist das Betrüsten zu Wasser und zu Lande, die Kombination von Militarismus und Marinismus, die seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu immer enormeren Dimensionen anschwillt. Das Genie der Erfinder wird dadurch immer mehr von dem Gebiet der Produktivkräfte auf das der Zerstörungskräfte gelenkt; dort dem wachsen immer mehr die Massen dieser Zerstörungskräfte, aber auch die Massen der Abwehrkräfte, die ihnen entgegengesetzt werden, verfürzt sich aber auch immer mehr der Zeitraum, innerhalb dessen die einzelnen Zerstörungs- und Abwehrmaschinen überholt und durch wirksamere ersetzt werden, die nun aufs schleunigste massenhaft zu fabrizieren sind; es wachsen immer mehr die Menschenmassen, die durch die Produktion und Bedienung dieser Maschinen der Produktion für den Konsum der Arbeiterklasse entgegen werden. Es wachsen aber auch ins ungeheure die Zerstörungen, die hereinbrechen, wenn einmal dieser riesenhafte Vernichtungsmechanismus zu wirklicher Anwendung kommt.“

Noch nie hat die Menschheit ein schrecklicheres und kolossaleres System der Einengung der Produktivkräfte gesehen wie dieses. Keine frühere Produktionsweise hätte auch nur annähernd etwas ähnliches ausgehalten. Die kapitalistische Produktionsweise aber ist so weit gediehen, daß sie dieses Wahnsinn bedarf, soll sie ihre Ausbeutung der arbeitenden Massen weiter fortführen können. Die Kapitalisten gedeihen dabei und fördern daher das Betrüsten auf jede Weise, das nie solchen Umfang hätte annehmen können, wenn sie die Mittel dazu verweigerten.“

Nicht im Interesse des Proletariats liegt also das System des Betrüstens, sondern in dem der ausbeutenden Klassen, denen die Rüstungspolitik nicht nur die Möglichkeit bietet, sich auf Kosten des arbeitenden Volkes zu bereichern, sondern auch das einzige noch in Frage kommende Mittel, dem kapitalistischen Ausbeutungssystem noch seine Sündenfrist zu verlängern!

Der Organisationszwang der kapitalistischen Kartelle.

Die Scharfmacher wittern Morgenluft. Nachdem in Preußen in der Person des Herrn von Bethmann Hollweg ein auch mit den westdeutschen Industriejuden sich gut stehender Vertrauensmann des Ostelbierums eifrig „gottgewollte“ Abhängigkeiten zu stabilisieren, und in Bayern die Parteiregierung der schwarzen Blockbrüder der preussischen Junker etabliert wurde, halten die Beauftragten der Industrie-, Handels- und Bankherren die Zeit für die Auserziehung der 1899 verfallenen Zuchthausvorlage gekommen. Es vergeht kaum noch die Tagung eines Unternehmerverbandes, einer Handelskammer oder ähnlicher privatskapitalistischer Interessensvereinigung, wo nicht „bittere Klage“ über den „unerträglich gewordenen Organisationszwang der Gewerkschaften“, über den „mangelnden Schutz der Arbeitswilligen“ usw. erhoben wird. Mindestens wird das Verbot des Streikpostens, stehen gefordert; am erwünschtesten ist natürlich ein gesetzliches Verbot der Arbeiterkoalitionen.

Zur rechten Zeit erscheint da auf dem deutschen Büchermarkt ein Werk, das den unglaublich hohen Grad der sozialpolitischen Scheuerei im deutschen Lande ausdekt. Zwar, viel Neues bringt Dr. Fritz Kestner in seinem Buche: „Der Organisationszwang. Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenstehern“ (Heymanns Verlag, Berlin) nicht. Aber wie er das in zahllosen Zeitungen, Zeitschriften, Untersuchungsprotokollen, Gerichtsurteilen, Parlamentsreden und Büchern enthaltene einschlägige Material durcharbeitet, systematisch gruppiert und analysiert, macht sein Buch zu einem vortrefflichen Leitfaden insbesondere für alle Personen, die in der Vertretung des wirtschaftlich Schwachen ihre Lebensaufgabe erblicken. Wenn auch nicht alle Argumente und Schlussfolgerungen Kestners unseren sozialpolitischen Ansichten entsprechen, sein Buch bleibt doch eine wertvolle Sammlung von Rüstzeug gegen die arbeitseindlichen Bestrebungen der Scharfmacherkoalition.

Auf mancherlei Art wissen die Unternehmerkartelle ihre organisationsunlustigen Verursacher zu machen. Da ist zunächst das Mittel der Materialsperrung. Ist dem Organisationsunlustigen der Bezug von Rohmaterial ganz unterbunden, oder auch nur unter schlechteren Bedingungen als den Kartellgenossen möglich, dann muß er sich in den meisten Fällen dem Kartell unterwerfen oder er wird geschäftlich ruiniert. Die Satzungen der Spirituszentrale, deren Direktor der konservative Abgeordnete Kretsch, ein Hauptschreiber über „sozialdemokratischen Terrorismus“ ist, bestimmen, daß die kartellierten Brenner ihren Rohspiritus nur durch die Zentrale „vermerzen“ lassen dürfen. Die Zentrale sorgt dann für die Abgabe von Rohspiritus nur an solche Verbraucher, die sich den Kartellbedingungen unterwerfen. Wer sich von den Brennern nicht fügen würde, hätte neben wirtschaftlicher Schädigung auch Verurteilung zu erwarten. Als es sich 1899 um die Organisierung der Brenner handelte, da schrieb die „Agrar-Korrespondenz“ (Nr. 8, 1899):

„Der deutsche Brenner, der den Beitritt zur Gesellschaft versagt, verliert den Anspruch auf berufliche Achtung. Man sollte diese Herren für immer stigmatisieren. Auch wäre solch ein feiner Herr, wenn man später seinen Geldbeutel recht dert angreift, fühlbarer gekraßt, als durch das sowieso ihm gebührende Pfui!“

Dieser flagranten Verstoß gegen den § 168 der R.-G.-O. konnte geschehen, ohne daß die Behörde dagegen einschritt, während Arbeiter für ein den „Arbeitswilligen“ zugerufenenes Pfui wochenlang ins Gefängnis geworfen werden.

Der Buchhändler-Vereinsverein verbietet seinen Mitgliedern, an Buchhändler oder Wiederverkäufer, die sich den Kartellbestimmungen nicht unterwerfen, „gar nicht, oder nur mit verkürztem Rabatt zu liefern“. Schon die Rabattkaufel bedeutet für den wirtschaftlich schwach gestellten Sortimenter den geschäftlichen Ruin infolge der Lieferungsperre. Der Verband deutscher Stahlflaschenfabrikanten verpflichtet seine Mitglieder, sofern sie nicht selber das zur Flaschenfabrikation benötigte Halbzeug herstellen, es ausschließlich von den Verbandswerken zu beziehen und verbietet, solches Material an Nichtverbandsmitglieder zu liefern. Das Syndikat der Seifenfabriken zwang die organisationsunlustigen Fabrikanten durch Sperrung des Bezugs von Rohstoffen, Öl, Talg, Soda zum Anschluß an das Syndikat. Zwischen dem Salinensyndikat und dem Verband der Berliner Großhändler besteht ein Vertrag auf ausschließliche Salzlieferung; dergleichen zwischen dem Kartell der Gummifabriken und den Großhändlern über die Preisbefreiungen für Lieferungen an Nichtmitglieder, wenn diese überhaupt beliefert werden. Mehrfach bestehen zwischen Vereinigungen von Bauunternehmern und Baumaterialfabriken Verträge dahingehend, daß nichtorganisierten Baumaterialfabriken kein Kalk, Holz, Eisen und Zement usw. geliefert wird, wo hingegen sich die betreffenden Baumeisterkartelle verpflichten, nur von den organisierten Fabrikanten zu kaufen. Diesen „ausschließlichen Verbandsverträge“ haben

ferner vereinbart die Verbände der sächsisch-thüringischen Färbereien mit den dito Webereien, der Varmer Fabrikantenverband mit der Wuppertaler Färbereibereinigung, der Verband deutscher Seidenstofffabrikanten mit dem der Damen- und Mädchenmädelfabriken, die kartellierten Drahtwalzwerke mit dem Drahtstiftsyndikat usw.

Ein anderes Mittel zur Vervollständigung der kapitalistischen Kartelle ist die Sperre der Zufuhr- und Absatzwege und dann die Sperre des Absatzes überhaupt. Durch seine Verbindung mit dem „Kohlenkontor“ in Wülshelm a. d. R., das sich direkt und indirekt die Kohlenverschiffung auf dem Rhein unterstellt hat, vermochte das rheinisch-westfälische Kohlenstiftsyndikat auch den größten Teil seines Verbands per Schiff zu monopolisieren. Dazu kommt noch, daß dieses Syndikat sich eine von ihm durchaus abhängige Händlerorganisation geschaffen hat. Diese „Kohlenhandels-gesellschaften, G. m. b. H.“ in Bremen, Hannover, Magdeburg, Kassel, Dortmund, Berlin, Hamburg, sind nichts weiter als Unterkartelle des Kohlenstiftsyndikats. Es bestimmt sogar, welche Händler in die Verbände aufgenommen werden dürfen, übt also einen positiven und negativen Organisationszwang aus. Bekanntlich sind gerade die Händlersyndikatsherren die lautesten Rufen nach Ausnahme-gesetzen „für Freiheit des Organisationsrechtes“.

Die Unternehmerkartelle in der Reproduktion, deren Organisationsbasis an sich schon am günstigsten ist, unterstützen dann noch die verwandten Kartelle in der Halbfabrikationsherzeugung beim Organisationszwang. So gewährte das rheinisch-westfälische Kohlenstiftsyndikat den Hüttenwerken, die sich mit dem „Kraftwerk“ des Fürsten Hensel-Donnersmarck um das Absatzgebiet stritten, eine Prämie von 3 bis 4 M. pro Tonne Roheisen, nur weil das „Kraftwerk“ sich dem Kohlenstiftsyndikat nicht anschließen wollte. Der Siegerländer Verein für den Eisensteinverkauf unterstützte das Kohlenstiftsyndikat, indem er den Werken, die sich nicht stiftisieren wollten, den Preis des Eisens um 10 M. pro Doppelzentner erhöhte.

Andererseits ist es den Mitgliedern der Kartelle in der Eisen-, Textil-, Papier-, Glas- usw. Industrie streng verboten, ihre Kohlen- und Halbfabrikate von nichtorganisierten Werken der unteren Produktionsstufen zu kaufen. Dadurch wird diesen vielfach der Absatz gesperrt und auf sie ein Zwang zur Organisation ausgeübt. Von der Spirituszentrale sind die Brenner gebunden, mit ring-freien Spiritusfabriken keine Geschäfte zu machen, und die Reinigungs-anstalten dürfen von unorganisierten Brauereien nichts beziehen. Damit die Widerwilligen bei der Stange bleiben, wird ihnen für die strikte Befolgung des „ausschließlichen Verkehrs“ ein höherer Rabatt gewährt. So gewährt die Spirituszentrale bei einer Abnahme von mindestens 7500 Litern den ausschließlichen Bezüglern nach Ablauf von 2 Jahren einen dem Umsatz angepaßten steigenden Rabatt, während von den nicht regelmäßigen Käufern sogar ein Aufgeld erhoben wird. Um sich die Außenleiter vom Leibe zu halten, hat der Verein der deutschen Buchdruckereibesitzer mit dem Kartell der Schnellpressenfabrikanten und dem der Schrift-gießereien einen Vertrag abgeschlossen, wonach neu zu errichtende Druckereien die Maschinen nur gegen $\frac{1}{2}$ Anzahlung vom vereinbarten Kaufpreis und mit beschränktem Kredit geliefert werden, und die Schriftgießereien die Außenleiter nur unter denselben Bedingungen bedienen dürfen. Wollten Arbeiterorganisationen zureisenden unorganisierten Berufsangehörigen ähnliche Erschwerungen ihrer Verusfälligkeit in den Weg legen, dann hülte der ganze kapitalistische Wälderwald wieder von hochstämmiger Enkrüstung über „Behinderung der Arbeitsfreiheit“. Nun es sich aber um kapitalistische Kartelle handelt — ja Bauer, das ist ganz was anderes!

Der Krieg.

Die Festsetzung der Italiener im östlichen Teile der tripolitanischen Küste.

Rom, 10. Juli. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Mesurata vom 9. Juli: Bei dem gestrigen Kampfe vor Mesurata versagte der Feind über mehr als 5000 Gewehre. Die Flucht des Feindes erfolgte infolge einer ausgebrochenen Panik während der Nacht nach allen Richtungen. Ein Teil der Flüchtlinge konnte sich in der Richtung auf Gheran südlich von Esfitten vereinigen. Eine genaue Angabe der Verluste des Feindes ist wegen der Ausdehnung des Schlachtfeldes und der langen Dauer des Kampfes schwierig. Die Italiener beendigten bislang allein vor Mesurata 300 gefallene Feinde. Außerdem wurden zu Beginn des Kampfes zahlreiche Leichen vom Feinde selbst fortgetragen und bestattet. Viele weitere Leichen sind noch nicht begraben. Einige Notabeln sind nach Mesurata zurückgekehrt. An die Bevölkerung ist ein Manifest erlassen worden. Das Leben in Mesurata, das ein wichtiger handelspolitischer Stützpunkt ist, beginnt wieder. Der Gesundheitszustand der Truppen ist sehr gut.

Die Gärung in der türkischen Armee.

Konstantinopel, 11. Juli. Nach einer amtlichen Meldung haben die Defektoren von Monastir ihre Rückkehr unter der Bedingung angeboten, daß sie Verzeihung erhalten; die Regierung verlangt jedoch, daß sie sich ergeben.

Konstantinopel, 11. Juli. Ein Bataillon ist heute aus Monastir eingetroffen. Dschawid-Pascha ließ denjenigen Soldaten, die Böhnung aus der von den Reuterern mitgenommenen Regimentskasse zu fordern hatten, ihren Sold auszahlen, womit sich die Soldaten beruhigten. Habil-Pascha ordnete an, daß die Mannschaft des Mediregiments von Nischip, welches sich in Mitrowitz befand und unter dem erregte Stimmung herrschte, die Waffen abliefern und beurlaubt werde. Zwei Bataillone Reservisten aus Anatolien, die sich bisher in Ipek und Djalova befanden, sind gleichfalls entlassen worden, und werden in ihre Heimat zurückbefördert werden. Außerdem sind Maßnahmen getroffen worden, um die erschütterte Disziplin in den Gendarmeriebataillonen von Ipek und Djalova durch Zuweisung verlässlicher Offiziere wiederherzustellen. — In oppositionellen Kreisen geht das Gerücht, daß die Bewegung unter den Offizieren nunmehr auch auf das in Damaskus liegende Armeekorps übergreift.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juli 1912

Unsere Abgeordneten auf der „Schiefen Ebene“.

Wie wird man Sozialdemokrat? Diese Frage hat eine neue verblüffende Lösung erfahren; siehe „Kreuzzeitung“ Nr. 320 vom 11. Juli 1912! Nur in den Spalten dieses edlen Organs konnte sie gefunden werden, und nur eine Frau und Risikofrau konnte sie entdecken. Diese drei Momente lassen ihre Ueberzeugungskraft über allem Zweifel erhaben erscheinen: Gräfin Cécile Neuherrling-Kautenbergs, geboren in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, also in der Zeit des alten Kurfes (die Gräfin bezeugt es selbst, um jedem Zweifel zu begegnen), ist die große Entdeckerin. Und hier ihre Lösung: Sozialdemokraten geraten auf die schiefe Ebene, weil sie „entschieden eine schlechte Mutter gehabt haben“. Wir tun der Gräfin doch kein Unrecht,

Wenn wir auf die Sozialdemokraten schlechthin erwidern, was sie nur von den 110 plus 6 geschrieben hat. Hier die ungefüzten Saufzer des unter tiefem Weh und heißer Empörung erzitternden Frauenherzens:

„Unter tiefem Weh und heißer Empörung (es ist hier geradezu schwer, im Rahmen der parlamentarisch gestatteten Ausdrücke bei der Kritik zu bleiben) erzittert auch das Frauenherz bei den das deutsche Volk in den Augen des Auslandes herabwürdigenden Vorgängen, die sich im Reichstag und im Abgeordnetenhaus abgespielt haben, zum Gaudium Frankreichs, zur Freude Rußlands, zum ironischen Scherz Englands.“

Wie weit abwärts ist es doch schon mit uns im geliebten Vaterlande gekommen, daß solche antimonarchistischen Worte gestraft ausgesprochen werden durften, daß es noch keine Befehle bei uns gibt, die die Immunität des Abgeordneten in Scherben schlagen, wenn er es wagt, an einem der heiligsten Güter des Volkes mit roher Hand zu rütteln.

Ranhe unter den 110, vielleicht auch unter den 6, mögen vielleicht erst später auf die schiefe Ebene gezogen worden sein, aber die meisten haben entschieden eine schlechte Mutter gehabt, eine Mutter, an die das zerschende Gift der Umsturzpartei auf irgendeiner Weise herangelommen ist und die es nicht verstanden hat, ihre Zungen zu guten, pflichttreuen Staatsbürgern zu erziehen. Die Verantwortung dafür, die Schuld fällt aber auf uns Frauen der gebildeten, der höheren Stände, die wir längst uns der Mühe hätten unterziehen sollen und müssen, alle diese irregeleiteten Frauen eines Besseren zu belehren, wenigstens zu versuchen, ihnen klar zu machen, daß nur durch einen geordneten, geschehstarken, monarchischen Staat ein sittlich feststehender, unumstößlicher Haß, eine Garantie des Friedens geboten wird und gleichen Emporbliühens des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft einen Staat, in dem ebenso dem reichen Manne die Gelegenheit geboten wird, aus freiem Willen seinen Reichtum zum Segen seiner Mitbürger zu verwenden, als dem kleinen Manne, sich emporzuarbeiten und seine Kinder zu tüchtigen Menschen und guten Christen zu erziehen.“

Es geht doch nichts über die heilige Einfalt! mag der verantwortlich zeichnende Chefredakteur Dr. E. Th. Müller-Fürer gedacht haben, als er mit seinem Namen diese Zeilen deckte. Oder litt er in den Zeiten der Hundstagshitze an Stoffmangel und wollte er das Dörsche Plastometer der „Deutschen Tageszeitung“ zur Erkennung der zerstörenden Linksgewichte niederfonfurrieren? Seit Hermerd gegangen und kaufmännischer Geist in die Kreuzzeitungsleitung eingezogen, war dies die beste Kellame!

Keine badische Gefandtschaft in München.

Die Zweite Kammer hat in ihrer heutigen Vormittags-Sitzung mit den Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen die Forderung für die badische Gefandtschaft in München abgelehnt.

Staatssekretär Freiherr v. Dusch gab seinem lebhaften Behauern über diesen Beschlus Ausdruck, indem er betonte, daß es sich hier nicht um eine innerbadische Angelegenheit handle, sondern daß die Frage die Beziehungen zu den Nachbarstaaten berühre, und daß die Gefandtschaft gerade in dieser Richtung Gutes gewirkt habe.

„Germania“ und „Reichsbote“.

Die ehrsame ultramontane „Germania“ hat es schwer. Nicht nur wird sie von Blättern der eigenen Partei verächtlich behandelt; der fromme „Reichsbote“ beschuldigt sie jetzt abendlein auch noch des literarischen Diebstahls. Er schreibt:

„Die „Germania“ erweist sich über unseren Vorwurf, daß sie unsere auf unserer Redaktion entstandenen politischen Nachrichten, die nicht etwa Korrespondenzen entstammen, ohne Quellenangabe abgedruckt hat. Sie sieht angeblich unser Blatt „nur zu dem Zweck durch, ob es sich nicht ungebührliche Angriffe auf die katholische Kirche zuschulden kommen läßt, und ob sich in unseren Spalten vielleicht etwas findet, was auf die Zustände im Protektionismus einiges Licht verbreitet. Und solche Stellen druckt man ganz selbstverständlich nur mit Quellenangabe nach.“ — Wir stellen fest, daß die „Germania“ eine glatte Unwahrheit hiermit sagt. Es ist einfach gegen die journalistische Anstands-pflicht, redaktionelle Originalarbeiten aus der weltlichen Politik, wie es die „Germania“ wiederholt tat, ohne Quellenangabe abzuhandeln. Unsere Warnung dazu erfolgte wiederholt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die betreffenden Zentrumsmit-glieder, deren Urteil sich die Redaktion der „Germania“ bekanntlich stets unterwirft, sie darüber belehren würden, daß sie durch solches, sagen wir einmal milde Abstreifen von Tatsachen, nicht das Ansehen des Blattes fördern. Sollen wir wirklich, liebe Kollegen, öffentlich noch einmal den Beweis für den Diebstahl führen? Wir sind dazu bereit, wenn es gewünscht wird! U. A. W. G.“

Auch-Vollvertreter.

Die Konservativen bezeichnen sich zur Zeit der Wahlen, um die Stimmen der Handwerker und Landarbeiter einzufangen, mit Vorliebe als die Vertreter des werktätigen Volkes in Land und Stadt. Wie ausschließlich sie aber die Interessen des großen ländlichen Grundbesitzes, des ostelbischen Rittergutsbesitzertums, vertreten, zeigt folgende Zusammensetzung der konservativen Reichstagsfraktion:

Von den 45 Mitgliedern und Hospitanten der deutsch-konservativen Fraktion im Reichstag stammen nicht weniger als 37 aus preussischen Wahlkreisen, nur 8 sind außerhalb Preußens gewählt. Davon sind auch noch zwei mit mecklenburgischen Mandaten als Oberländer anzusprechen. In Preußen selbst sind die 37 Deutschkonservativen bis auf 3 der Provinz Sachsen samt und sonders Ostelbier. Von den 37 Deutschkonservativen mit preussischen Reichstagsmandaten sind 9 in Ostpreußen, eins in Westpreußen, fünf in Brandenburg, zehn in Pommern, zwei in Posen, sieben in Schlesien und drei in der Provinz Sachsen gewählt. Die Hochburgen der Konservativen sind noch immer Ostpreußen und Pommern. In diesen beiden Provinzen sind nicht weniger als 19, d. h. die volle Hälfte aller Konservativen, mit preussischen Reichstagsmandaten gewählt. Aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien stammen 31 von den 45 Deutschkonservativen, also volle zwei Drittel der ganzen Fraktion.

Ferner von den gegenwärtigen 44 Mitgliedern und Hospitanten der deutschkonservativen Partei sind in der Fraktionsliste des Reichstags nicht weniger als 27 Rittergutsbesitzer, 8 als Majoratsbesitzer, 8 als Gutsbesitzer, Landwirte und Ökonomen bezeichnet. Dazu kommt ein Direktor der Spirituszentrale und ein Chefredakteur des Organs des Bundes der Landwirte.

Kommunale Pumpwirtschaft.

Die „Deutsche Volkswirtschaftl. Korrespondenz“ veröffentlicht einige recht interessante Mitteilungen über die Verschuldung verschiedener preussischer Großstädte:

Den höchsten Prozentsatz an Schulden weist Frankfurt a. M. mit 658 M. auf, danach kommen Charlottenburg und Wiesbaden mit je 615 M. Schulden. Von anderen preussischen Großstädten sind verschuldet: Schöneberg mit 443, Dortmund mit 413, Düsseldorf mit 412, Deutsch-Wilmersdorf mit 401, Eberfeld mit 396, Köln mit 375, Krefeld mit 367, Barmen mit 363, Kiel mit 338 M. In weiteren Abständen davon folgen Altona mit 290, Stettin mit 287, Erfurt mit 280, Posen mit 269, Königsberg, Neustadt und Kassel mit 256, Hannover mit 242, Magdeburg und Duisburg mit 232, Kagen mit 231 und Bül-

heim a. Ruhr mit 225 M. Koblenz mit 220, Bielefeld mit 210, Berlin mit 180 und Eisenkirchen mit 148 M.

Von den preussischen Großstädten weist Kiel mit 250 M. den größten kommunalen Steuerzuschlag zur Staatsentlastung auf: ihm nahe kommen Danzig mit 231, Barmen mit 230, sowie Königsberg und Gelsenkirchen mit 225 M. Mit 100 M. d. H. Zuschlag begünstigt sich bisher Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neustadt, Wilmersdorf und Wiesbaden, mit 108 M. d. H. Altona, mit 125 M. d. H. Hannover. Im übrigen gehören auch Großstädte mit etwa 200 M. d. H. kommunalen Steuerzuschlag durchaus nicht zu den Seltenheiten (Stettin, Posen, Dortmund, Krefeld u. a.), wozu alsdann noch beträchtliche Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Betriebssteuer u. a.) kommen.

Zur Wirtschaftslage in Südwestafrika.

Der Landrat in Südwest beschäftigte sich jüngst mit einem abgelehnten Antrage, bei Farmverläufen auf den Wohnzweig zu verzichten. Dabei machte Scheinverrat Hintertreiber, wie die Rhein-Westf.-Ztg. berichtet, bemerkenswerte Angaben über den ungewöhnlich starken Wechsel der Farmerbevölkerung, der nur dadurch bekämpft werden könne, daß dem Farmer die Pflicht auferlegt wird, auf der Farm zu wohnen. „Wenn wir uns hier umsehen“, so führte er aus, „so kommen wir zu dem niederdrückenden Ergebnis: hier will alles verkaufen.“ Er belegte das mit folgenden Angaben: Der Zuzug nach dem Schutzgebiet betrug im Jahre 1911 5052 Köpfe, der Wegzug aus dem Schutzgebiet 4313. Seit dem Jahre 1903 haben von den 1141 Farmen, die wir insgesamt haben, 284 den Besitzer gewechselt und zwar einzelne mehrere Male. Im Distrikt Otahandja z. B. haben seit dem 1. Januar 1906 von 86 Farmen 38 ihren Besitzer gewechselt. Man erklärte diesen starken Besitzwechsel damit, daß es sich hier um Farmer handle, die ohne hinreichende Mittel angefangen und Ansiedlungsbeihilfen erhalten haben.

Der Einfluß der Hundstagshitze.

Ein gewisser Dr. S. Elias versendet ein Flugblatt, in dem er folgenden Wählstimme verzapft:

„Es bleibt nichts anderes übrig, das Militär muß, um die Industrie auf ihre volle kriegerische Leistungsfähigkeit zu bringen, im Frieden bereits soviel Flugzeuge wie im Kriege verwenden. Es sollen Flugzeuge beim Militär zertrümmert werden; die Führer sollen in der Ausbildung soviel Bruch wie möglich machen, sie sollen auf teuerbezahlte Militärflugzeuge gefehlt werden, nicht auf die eine Schalmaschine der Fabrik, denn dadurch wird kein Verbrauch erzielt. Geiß, es kostet Geld. Aber besser, wir bezahlen jetzt regelmäßig eine große Kriegsvericherungsprämie, als daß im Kriege nach Verlust aller unserer Flugzeuge der alles zehende Gegner unsere blind gemachten, oder zum mindesten stark geländerten Oere über den Haufen wirft. Wenn unsere Industrie jetzt ein paar Jahre so aufgeföhrt, dann ist sie so kräftig, daß sie auch technisch rapide vorwärts gehen kann.“

Die Idee des Dr. Elias, so mehschugge sie auch ist, hat wenigstens den Vorzug original zu sein. Im eigenen Interesse dieses Herren aber dürfte es liegen, sich unverzüglich mit einem kleinem Eisbeutel zu versehen. Solche Dinger sollen oft Wunder wirken.

Einig in der Wahlrechtsfrage.

In der Essener Stadterordnetenversammlung beantragten mehrere Genossen die Ausdehnung des Gemeindevahlrechts für die Personen, die den Jenus von 6 M. an Staatssteuern nicht erreichen. In Betracht kommen etwa 2700 Bürger, die früher lange Jahre Steuern zahlten, jetzt aber wegen Invalidität dazu nicht mehr in der Lage sind, in der Hauptsache Kruppische Pensionäre, invalide Bergleute usw. Der Antrag wurde mit 27 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Das Zentrum hatte durch seinen Redner Dr. Well erklären lassen, daß es dafür stimmen werde. Von seinen 22 Vertretern schloß aber 12 Mann, und einige andere stimmten trotz Wells Erklärung gegen den Antrag. Diefelbe praktische Wahlrechtsfreundlichkeit, wie im preussischen Landtag. Die Liberalen stimmten mit wenigen Ausnahmen geschlossen gegen die Wahlrechts-erweiterung.

Forstfrevel.

Wegen welcher Lappalien die Gerichte in Aktion treten, zeigt der folgende Fall: In Wöhlen (Schwarzburg-Rudolstadt) waren 4 Arbeiterkinder in den Wald gegangen, um etwas Streu zu holen. Obwohl nun der Fiskus durch eine geringfügige Streuentnahme keinen Schaden erleidet, wird das Streuholen als Waldfrevel strafrechtlich verfolgt. Die vier Schulkinder wurden gefehen, und nun begann die Aufbietung eines Apparates, als gelte es, ein schweres Verbrechen zu sühnen: Die Anzeige wird erstattet, die Sache geht an das Gericht, und die vier Delinquenten erhalten eine Verurteilung vor das Amtsgericht Königsee, beschuldigt, Waldfrevel dadurch begangen zu haben, daß sie Streu im Werte von 10 Pfennig aus dem Walde geholt haben. Um die Größe der Missetat fühlbar zu machen, wird bei Richtersehen zum Termin Vorführung oder Verhaftung angedroht. Gleichzeitig werden die Eltern der Kinder benachrichtigt, daß sie als Vorstand ihrer Kinder zum Termin erscheinen können. — Die Verhandlung fand auch statt, konnte aber nicht beendet werden, da sich zur weiteren Aufklärung eine zweite Verhandlung notwendig macht. Und das alles wegen 10 Pf.!

Als im letzten Rudolstädter Landtag unsere Genossen verlangten, beim Justizetat mehr zu sparen und die Zahl der Affessoren zu verringern, antwortete die Regierung, daß alle Beamten angestrengt zu tun hätten. Der vorstehende Fall zeigt, wie nötig ihre Arbeit ist.

Frankreich.

Annahme der Wahlreform.

Am Mittwoch hat die Deputiertenkammer in einer bis 11 Uhr nachts dauernden Sitzung die Wahlreform, die das Proportionalwahlrecht bringt, mit 339 gegen 217 Stimmen angenommen. Das Resultat der Abstimmung wurde unter lautem Tumult bekanntgegeben. Die Radikalen riefen Poincaré unaufhörlich das Wort „Demission!“ zu. Als die auf den Bänken der Radikalen ausgestohlenen Rufe immer lauter wurden, erhob sich Ministerpräsident Poincaré und rief den Radikalen einige Worte zu, die jedoch durch den Tumult zumeist überört wurden. Poincaré sagte: Die Regierung hat die republikanische Mehrheit für sich. Wenn Sie die Vertrauensfrage gestellt hätten, wäre diese Mehrheit noch größer. Hier ist die Rednertribüne. Haben Sie doch den Mut, mich über die allgemeine Politik der Regierung zu interpellieren. Die Radikalen riefen von neuem „Demission“, während die Proportionalisten dem Ministerpräsidenten stürmische Ovationen darbrachten. Poincaré verließ hierauf, von den meisten Ministern und einer großen Anzahl Proportionalisten begleitet, den Saal.

Die gesamte Presse erörtert lebhaft die Abstimmung über den Wahlreformentwurf. Jaurès schreibt in der „Humanité“: „Handelt es sich um die letzten Zukunfts- und Wutanfälle der Anhänger des Bezirkswahlsystems oder werden diese gegen jede Regierung, die sich ihnen nicht unterwerfen will, den Kampf bis aufs Messer führen? Da die Proportionalisten nicht nachgeben werden, so kann sich hieraus eine gefährliche Krise entwickeln.“

Belgien.

Die Vorbereitung beginnt.

Brüssel, 8. Juli. (Fig. Ber.) Die Arbeiterschaft, lautete der Kongressbeschluss, hat den Generalstreik unverzüglich vorzubereiten. Nächste Woche wird das große Generalstreik-Komitee zusammentreten, das aus dem Parteivorstand, der Gewerkschaftskommission, den Vorständen der Föderation der Genossenschaften und den Gewerkschaftszentralen gebildet wird. Aber noch ehe dieses Komitee zusammentreten ist, um seine Direktiven, seine Detailpläne, seine Vorschläge an die Organisationsaktionen ergehen zu lassen, beginnen diese schon aus eigener Initiative mit vorbereitenden Arbeiten. Die Mitglieder des Verbandes der Angestellten der Genossenschaften des Bundes von Charleroi haben einstimmig beschlossen, für den Fall des Generalstreiks während der ganzen Streikdauer die Hälfte ihres Lohnes dem Streikfonds zur Verfügung zu stellen. Der Zentralvorstand der Generalföderation hat sich ebenfalls mit dem Generalstreik befasst. Es wurde die Gründung eines Aktionskomitees für ganz Flandern und die Ausgabe einer Subskriptionsliste beschlossen, von deren Einnahme 75 Prozent für die Streikenden und 25 Prozent für die entsprechenden Propagandazwecke bestimmt sind. Die Gewerkschaften der betreffenden Föderationen haben beschlossen, während der ersten 14 Tage des Streiks auf jede Unterstützung zu verzichten. Der „Booruit“ bereitet eine Unterstützungskombination vor, die wohl von allen sozialistischen Genossenschaften akzeptiert werden wird. Auch das Personal des „Booruit“ wird auf die Hälfte seines Lohnes zugunsten der Streikenden während der ganzen Streikzeit verzichten; ein Beispiel, das allenthalben nachgeahmt werden wird.

Dem „Peuple“ gehen bereits von allen Seiten Vorschläge zu, die zeigen, wie die Organisationen und die Einzelnen die Vorbereitung des Generalstreiks beschleunigen. Sie beziehen sich auf die Eröffnung einer nationalen bzw. internationalen Subskriptionsliste, auf die Organisation der Verberberung von Kindern, auf Spar- und Unterstützungsmaßnahmen aller Art. Der „Peuple“ selbst gibt Fingerzeige, über die Art der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln in den Volkshäusern, die naturgemäß im Mittelpunkt der ganzen systematischen Verteilungsaktion stehen würden. Genosse De Prouckere wird nächstens nach Frankreich reisen, um dort über die Suppenausstellung Informationen einzuholen. — Der „Peuple“ macht auch darauf aufmerksam, daß es zu den dringenden Arbeiten des Komitees gehören wird, die Listen jener Industrien aufzustellen, in denen die Arbeitseinstellung besonders wichtig ist. Für diese müßten dann die meisten Dpfer gebracht werden, damit dort der Streik komplett wäre. — Wenn der Generalstreik unvermeidlich wird, dann wird er, das zeigt sich bereits heute, in den Bahnen verlaufen und in den Formen durchgeführt werden, die ihm der Kongress einstimmig angewiesen.

Sturm in der Kammer.

Brüssel, 11. Juli. In der belgischen Kammer, die seit ihrem Zusammentritt am Dienstag über die Politik der Regierungspartei während der Wahlbewegung verhandelte, kam es heute nachmittags zu großen Kämpfen, in deren Verlauf sich der Alterspräsident veranlaßt sah, die Sitzung auf dreiviertel Stunden zu unterbrechen. Den Anlaß zu dem Tumult gab eine Äußerung des neuwählten Abgeordneten Brisau von der katholischen Partei, die dieser in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag in Roulers getan haben soll: „Wenn nicht alle Antiklerikalen Kanakillen sind, so sind doch alle Kanakillen Antikleriker.“ Der Führer der liberalen Partei, Abg. Heimans, verlangte eine Erklärung wegen dieser Äußerung. In diesem Augenblick brach der Tumult los, da anscheinend mehrere Mitglieder der katholischen Partei ihren neuwählten Kollegen in Schimpf nehmen wollten. Man hörte Ausdrücke wie Schmutzfink, Feinder, Feigling usw. Der Präsident rief zwei sozialistische Abgeordnete, die sich als Urheber der Zwischenrufe bekannten, zur Ordnung und unterbrach die Sitzung. Am Schluß der Sitzung suchte Brisau durch eine verlausulierte Erklärung den Zwischenfall mit Heimans zu erledigen; es wurden dadurch jedoch nur wiederum ungeheure Kämpfe verursacht. Schließlich bezichtigten die Führer der liberalen und der sozialistischen Partei Brisau der Feigheit und Lachlosigkeit. Unter großer Erregung wurde die Sitzung geschlossen. — Infolge dieses Zwischenfalls hat der liberale Deputierte Delbaux dem katholischen Deputierten Brisau seine Zeugen gesandt.

Portugal.

Der konterrevolutionäre Anschlag mißglückt.

Lissabon, 11. Juli. Die Kolonne Paiva Conceicao hat sich in die Berge von Barouco geflüchtet. Wie es scheint, wollen die Aufständischen von Cabeceiras de Basto zu ihnen stoßen. Der Barrer hat 800 Männer mit sich genommen; in der Ortschaft verblieben nur Frauen, Kinder und Greise. Aus Chaves wird gemeldet: Den Republikanern fielen ein Maschinengewehr, Munition und die Korrespondenz der Royalisten in die Hände. Die Stadt ist ruhig. In Cabeceiras do Porto wurde einem Offizier und einem Soldaten von einem monarchistischen gesinnten Kaufmann vergifteter Wein verabfolgt. Beide wurden durch rechtzeitiges ärztliches Eingreifen gerettet. Das empörte Volk steckte die Niederlage des Kaufmanns in Brand und verbrannte in Gegenwart der Truppen eine monarchistische Fahne. Das Parlament wurde Donnerstag vormittags, nachdem die dringenden Vorlagen angenommen waren, unter Hochrufen auf das Vaterland und die Republik geschlossen.

England.

Grey über die internationale Lage.

London, 11. Juli. Bonar Law führte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses aus: Mit Bezug auf Deutschland kann ich nichts sagen, was ich nicht schon früher gesagt habe. Wir haben keinen Streit mit Deutschland und wir suchen keinen Streit. Hier ist niemand, der nicht mit absolutem Willen an einen Krieg mit Deutschland dächte, selbst wenn wir wüßten, daß wir in einem solchen Kriege siegreich sein würden. Jeder wünscht das Beste Einvernehmen mit Deutschland. Das haben in der ausdrücklichen und aufrichtigsten Weise Männer gesagt, die in verantwortlicher Stellung englische Parteien vertreten. Aber ich glaube nicht, daß etwas damit gewonnen ist, wenn man beständig von der Notwendigkeit eines guten Einvernehmens spricht. Die beste Art, sich auf den möglichst besten Fuß mit Deutschland zu stellen, ist, bereit zu sein, jedesmal, wenn ein bestimmter Anlaß für Fraktionen oder eine Meinungsverschiedenheit auftritt, mit voller Willigkeit an sie heranzutreten und im übrigen Geduld zu haben. Ich bin sicher, daß ein Krieg auch nicht im deutschen Interesse liegt. Deutschland kann sagen, was wir hier gesagt haben, daß das größte deutsche Interesse der Frieden ist. Es ist für mich undenkbar, daß ein Krieg

unter den gegenwärtigen Bedingungen ausbrechen könnte, an dem Deutschland beteiligt wäre und in den nicht auch ganz Europa verwickelt würde. Und niemand könnte ohne die größte Besorgnis an eine solche Möglichkeit denken. Aber wenn niemand Krieg wünscht oder erwartet, so ist es doch die Pflicht jeder Regierung, sich gegen einen möglichen Krieg zu rüsten. (1). Die zweitgrößte Seemacht steht sich gegenüber, wenige Stunden von unseren Küsten. Ich glaube nicht, daß das, was ich sage, provozierend ist. Die Deutschen können mit gleicher Berechtigung sagen, daß unsere Flotte eine geladene Kanone ist, die auf sie gerichtet ist. Es ist eine Tatsache, daß ein Angriff auf uns stets möglich ist. Ich sage nicht, daß wir uns in Gefahr befinden. Unsere Lage hat sich verändert, und deshalb ist unsere auswärtige Politik von außerordentlicher Bedeutung.

Staatssekretär Grey besprach in ausführlicher Weise die persischen Angelegenheiten, ging sodann auf die Mittelmeerfrage über und wandte sich hierauf den englisch-deutschen Beziehungen zu. Dabei sagte er, die Beziehungen Englands zu Deutschland seien gegenwärtig ausgezeichnet und absolut frei von irgendeiner Frage, durch die die beiderseitigen Interessen berührt würden. Er glaube, falls solche Fragen sich erheben würden, ob dies nun im Zusammenhang mit den wechselseitigen Interessen in Südafrika oder eventuell in Verbindung mit der Bagdadbahn geschehe, so würden beide Regierungen die Ueberzeugung hegen, daß ihre gegenseitigen Interessen christlich ausgeglichen werden könnten.

Grey besprach sodann die Mittelmeerfrage, die von der größten Bedeutung sei und tatsächlich die auswärtigen Beziehungen ebenso wie die Flottenstrategie auf die Tagesordnung setze. Uns droht augenblicklich keine Gefahr, aber wir sind im Begriff, das Mitteländische Meer aufzugeben und uns selbst in eine Lage zu versetzen, in der wir unsere Interessen im Mitteländischen Meer nicht schützen können. Ich gebe zu, daß wir eine ausreichende Seestreitmacht im Mittelmeer unterhalten müssen, um uns zu den Seemächten des Mittelmeeres zurechnen zu können. Die Frage der Stärkestandards kann ich nicht erörtern, aber um als eine der Seemächte des Mittelmeeres angesehen zu werden, müssen wir dort eine ansehnliche Flotte verfügbar haben. Grey schloß: Unsere auswärtige Politik bleibt unverändert. Der Ausgangspunkt jeder Entwicklung in unserer europäischen auswärtigen Politik ist die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit Frankreich und Rußland. Nehmen wir das als Ausgangspunkt an, dann lassen Sie uns die bestmöglichen Beziehungen mit anderen Ländern haben. Wenn wir Frankreich oder Rußland im Einklang mit einer anderen großen europäischen Macht und in gutem Verhältnis mit ihr sehen, wie es durch das Zusammenreffen des deutschen und des russischen Kaisers geschehen ist, so haben wir allen Grund, uns selbst zu beglückwünschen.

Grey sprach sodann auch über die englisch-türkischen Verhandlungen betreffend die Bagdad-Basta-Eisenbahn. Die Türkei stehe in Unterhandlungen mit England über eine Anleihe für eine Eisenbahn unterhalb Bagdad, die auch Gegenstand eines Abkommens der Türkei mit Deutschland sei, durch welches die Türkei die Aktionsfreiheit in bezug auf die Eisenbahnbauten unterhalb Bagdad wiedererlangt habe. Die deutsche Regierung sei vollkommen davon in Kenntnis gesetzt, daß jene Verhandlungen Fortschritte machten. Grey fuhr fort: Wenn durch diese Verhandlungen deutsche Interessen berührt werden, dann sind wir natürlich vollkommen bereit, die Angelegenheit mit der deutschen Regierung zu erörtern.

Nachdem Grey seine Rede geschlossen hatte, gab Bonar Law seiner allgemeinen Billigung für die Erklärungen des Staatssekretärs Ausdruck. Er kritisierte jedoch Greys Dastuhung in der Mittelmeerfrage und erklärte, Englands Mittelmeerflotte müsse stark genug sein, um jeder wahrscheinlichen Angriffskombination überlegen zu sein.

Marokko.

Die Unabhängigkeitsbewegung im Süden.

Paris, 11. Juli. Der „Temps“ erhält aus Mogador eine Depesche, bezugnehmend auf den Prätendent Achmed el Giba im Susgebiet die Herrschaft beinahe vollständig an sich gerissen hat. Der Raib von Tarudant habe sich ihm angeschlossen und in dem ihm unterstehenden Gebiet den Prätendenten zum Sultan ausgerufen lassen.

Der „Temps“ berichtet weiter über einen Zwischenfall zwischen dem Prätendenten und den Mannesmanns. Der Prätendent habe einen Gesandten nach Tarudant geschickt und die dort anwesigen Deutschen auffordern lassen, innerhalb 12 Stunden die Stadt zu verlassen. Er habe ihnen angeboten, sich von einer Eskorte von 15 Reitern begleiten zu lassen, unter deren Schutz sie sich jetzt auf der Reise nach Agadir befinden.

China.

Kämpfe zwischen Chinesen und Tibetern.

Schanghai, 11. Juli. Wie aus Tschong-tu gemeldet wird, wurde die Stadt Litang (Szechwan) am 18. Juni von den Tibetern eingenommen. Die Garnison entkam nach stundenlangen Kämpfen unter Verlust von 70 Toten. Die Stadt wurde geplündert, Frauen und Kinder niedergewacht oder lebendig verbrannt. Nach einer späteren chinesischen Meldung wurde Litang wieder eingenommen. Auch Bazang (Szechwan) ist am 15. Juni von den Tibetern erobert worden. Einem Telegramm des Tzu von Szechwan zufolge sind 2000 Mann nach dem Tibet unterwegs; insgesamt wurden bis jetzt 5000 Mann hingschickt.

Amerika.

Die Eröffnung der sozialistischen Präsidentenwahlkampagne.

Während man sich in den alten Parteien um die Kandidaten raufte und nun mit reaktionärer oder „volksfreundlicher“ Demagogie die Massen für die verschiedenen Sachwalter der herrschenden Klasseninteressen einzufangen sucht, haben unsere Genossen nach der würdig verlaufenen Kandidatenaufstellung und der Annahme eines großzügigen, wissenschaftlich begründeten Programms die Wahlbewegung mit einer riesigen Volkskundgebung in Chicago mit den beiden Kandidaten Debs und Seidel als Rednern eingeleitet. Ueber 100 000 Menschen füllten einen Platz von 18 Hektaren, und Zehntausende standen außerhalb. Beide Redner entwickelten in der schärfsten grundsätzlichen Weise die sozialistische Auffassung der bestehenden Gesellschaft und das sozialistische Programm. Sie zeigten, wie die Miesenmacht des Kapitalismus allen öffentlichen Besitz und das wirtschaftliche Leben des Volkes unterjocht hat, wie die herrschenden Parteien und ihre Behörden nur Werkzeuge dieser Macht und demgemäß durch und durch korrupt sind, wie jeder Versuch, die Gewalt der Kapitalismächte zu brechen (Gouverneur Altgeld von Illinois, die Ritter der Arbeit, die Republikanische Partei, jetzt die republikanischen Insurgenten), zunichte gemacht wird. Sie zeigten, wie die Abhängigkeit der Arbeiterklasse vor vollen Sklaverei geworden ist, wie Kinderarbeit, Prostitution, Arbeitslosigkeit den Volkstörper zerstören, wie in 15 Jahren die Löhne um 20, aber die Preise der Lebensbedürfnisse um 60 Proz. gestiegen sind, die Kaufkraft des Lohnes also um 25 Proz. gefallen ist.

All diesen Schrecknissen gegenüber zeigten sie den Sozialismus; die revolutionäre Vereinigung der Arbeiter zur Erroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht mittels ihrer eigenen, nach eigenem Willen von unten her geleiteten Partei und der Zusammenfassung der Arbeiter in Industrieverbänden als das einzige Mittel der Rettung. Die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien schwinden. Sie erscheinen immer deutlicher als die bezahlten Söldlinge der kapitalistischen Machthaber. Ihnen gegenüber steht die Sozialist Partei, fest entschlossen, die Macht der Arbeiter zusammenzufassen, um den Kapitalisten die Herrschaft zu entreißen und durch Herstellung des Gemeinbesitzes an Land und Industrie die Wirtschaft zum Gesamtwohl zu leiten. Vor 4 Jahren kaum 40 000, sind nun rund 160 000 zahlende Mitglieder in der Partei bereist. Wie Seidel berichtet, bietet jede Versammlung das gleiche Bild stürmischer, leidenschaftlicher Begeisterung. Niemals sei Ähnliches im Lande erlebt worden. Es ist ein entscheidendes Jahr für die Union und der Wendepunkt für viele Wähler.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse. Zum politischen Redakteur des „Frankfurter Volksfreundes“ in Würzburg wurde Genosse W. Seilmann, bisher in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ in Köln gewöhlt.

In Nr. 168 des „Vorwärts“ berichteten wir über die Zusammenfassung der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. In dieser Notiz ist richtig zu stellen, daß der Redakteur des Feuilletons Genosse Hörnie (nicht Werle) ist.

Aus Industrie und Handel.

Nebenbedingungen von Anleihen.

Wenn unsere modernen Kulturstaaten an weniger finanzkräftige Geld leihen, so genügt es ihnen nicht, Zinsen zu zahlen; sie suchen auch sonst den geldbedürftigen Staat in ihre Abhängigkeit zu bringen. Meist sind es politische Zugeständnisse, die der Geldsuchende machen muß; mitunter liegen sie nur auf privatwirtschaftlichem Gebiet. Einen interessanten Beitrag zu diesem allgemeinen Brauch bringt das „Berliner Tageblatt“ in einem Schreiben, das der Präsident einer französischen Interessengemeinschaft (Union des Industries métallurgiques et minières) an das französische Ministerium gerichtet hat. Es lautet:

„Gestatten Sie mir, Ihre wohlwollende Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen zu lenken, die sich gegenwärtig zwischen der kaiserlich bulgarischen Regierung und den französischen Banken bezüglich einer Anleihe, die sich auf insgesamt etwa 150 Mill. Fr. wird beziffern sollen. Wir wissen im voraus, daß unter den politischen Verhältnissen der Balkanstaaten das Königreich Bulgarien nicht daran denken darf, sein Kriegszugzeug weiter zu entwickeln und infolgedessen auf unsere französische Industrie für den Bau von Kriegsmaterial zurückzugreifen, wie es gelegentlich vorangegangener Anleihen geschehen ist. Aber unsere anderen konstruierenden Industrien sind reichlich in der Lage, die Aufträge auszuführen, die Bulgarien erteilen könnte im Hinblick darauf, sein wirtschaftliches Militärgüter und speziell sein Eisenbahnmateriale sowie die Ausstattung seiner Häfen und seiner Handelsflotte zu verbolständigen und weiterzuentwickeln.“

Wir möchten Sie deshalb bitten, Instruktionen erteilen zu wollen, damit die gegenwärtige Anleihe auf Grund der Bulgarien zugestandenen außerordentlich günstigen Spezialbedingungen des französischen Marktes nicht definitiv abgeschlossen werde, bevor der französischen Industrie nicht positive Vorteile zugestanden seien für die Hilfe, die die bulgarische Regierung von neuem bei den französischen Sparern findet.

Als selbstverständliche Regel wird in diesem Schreiben aufgestellt, daß der hauptsächliche Zweck der Kriegsmaterialien von keinem Gläubiger bezieht. Da ja aber leider Bulgarien nicht an weitere Kriegszugeständnisse denken darf — wie derzeit sich dies wiederum andert! —, soll das französische Ministerium wenigstens sonstige industrielle Bestellungen erzwingen.

Das internationale Kapital.

Kürzlich ist in Berlin ein „Comptoir financier, Aktiengesellschaft für Grundbesitz“ gegründet worden. Die Gesellschaft ist ein Tochterinstitut einer französischen Gruppe. Aufgabe der Gesellschaft wird es sein, in Deutschland Grundstücke zu beleihen und zwar erste als auch zweite Hypotheken zu gewähren. Die dazu notwendigen Mittel werden in Frankreich angebracht, wofür die französische Gruppe in Frankreich Obligationen ausgibt. Da Hypotheken in Deutschland sehr gesucht sind und hoch verzinst werden, stellt sich französisches Kapital für diesen „nationalen Export“ zur Verfügung. Vorläufig ist das Kapital der deutschen Gesellschaft, der auch die Darmstädter Bank nahesteht, auf eine Million Mark bemessen worden. Die französische Muttergesellschaft arbeitet mit 10 Millionen frank Aktien und 45 Millionen frank Obligationen außer in Frankreich bereits in Rußland und England. Die Aktien der deutschen Gesellschaft übernimmt die französische; auch die erworbenen deutschen Hypotheken werden ihr weiter verpfändet.

Riesenelektrizitätszentralen.

Die Elektra zu Dresden, eine zum Siemens-Schuckert-Konzern gehörige Aktiengesellschaft, veröffentlicht in ihrem Jahresbericht für 1911 eine Uebersicht über ihren Wirkungskreis. Das Arbeitsgebiet umfaßt das Königreich Sachsen, die thüringischen Staaten und den größten Teil der Provinz Schlesien. Das Hauptfeld ihrer Tätigkeit liegt in Sachsen. Im letzten Jahre sind eine Reihe von neuen Konzessionsverträgen mit Gemeinden abgeschlossen und mehrere Beteiligungen an bestehenden Gesellschaften durchgeführt worden. Nach Ausbau aller Projekte wird die Elektra 52 Städte und Gemeinden mit rund 75 000 Einwohnern mit Strom versorgen.

Die Truß als Hemmnisse technischer Entwicklung.

Eine Neuregelung der Patentrechtsgebung wird in einer Vorlesung des Präsidenten der Vereinigten Staaten empfohlen. Darin wird ausgeführt, daß in der nun vierzigjährigen Weltungsbauer der bestehenden Gesetze sich Mißstände herausgebildet haben, die auch wieder auf die Entwicklung des Trußwesens zurückzuführen sind. So hätten manche Konzerne durch Erwerbung von Patenten die Herrschaft über ganze Industriezweige gewonnen und zwängen ihre Abnehmer auch zum Ankauf anderer Artikel. Auch hätten sie Patente von Verbesserungen angekauft, aber nicht ausgenutzt und so das Publikum zur Benutzung der unverbesserten Maschinen gezwungen. Zur Beseitigung dieser Mißstände, die wieder deutlich zeigen, wie sehr der als Segen des Kapitalismus gepriesene technische Fortschritt gerade durch die moderne großkapitalistische Monopolisierung gemindert und ins Gegenteil verkehrt wird, schlägt der Präsident die Einsetzung einer Sachverständigenkommission vor, die Vorschläge zur Reform machen solle. Ob diese in stande sein wird, das Wirtschaftswesen auf diesem Gebiete von der Umflammerung der Nischenklänge zu befreien, darf bezweifelt werden. Die Monopolisten sind mächtig und gerieren genug, um sich auch geänderte Gesetzesbestimmungen mit Hilfe verständnisvoller Behörden untätig zu machen.

Der IV. Allgemeine deutsche Bankertag findet vom 18. bis 19. September d. J. in München statt. Auf dem Programm steht u. a. die Behandlung zweier allgemein interessierender Fragen: Geeignete und ungeeignete Mittel zur Hebung des Kurses der Staatspapiere (Referent: Max Warburg-Samborn) und: Die zeitweilige übermäßige Inanspruchnahme der Reichsbank, ihre Ursachen und die Mittel zur Abhilfe. (Referent: Prof. Karl Helfferich, Direktor der Deutschen Bank.)

Gewerkschaftliches.

Die Solinger Gewerkschaftsstreitigkeiten

haben sich seit mehreren Monaten wieder in bedauerlicher Weise zugezogen. Schließlich hatte sich die „Arbeiterstimme“, die lange Zeit hindurch bemüht war, strikte Neutralität zu üben, gezwungen gesehen, Stellung zu nehmen gegen die Führer des Industriearbeiter-Verbandes. Das haben diese als schweren Neutralitätsbruch an und erhoben bei der Preßkommission Beschwerde. Die Preßkommission stellte sich indessen auf die Seite der „Arbeiterstimme“. Auch die Partei sah sich genötigt, zu dem Jwist Stellung zu nehmen; sie billigte das Verhalten der Parteipresse. Daraufhin forderten die Führer des Industriearbeiter-Verbandes ihre Mitglieder auf, die „Arbeiterstimme“ abzubestellen, gleichzeitig ventilierten sie den Plan, den von ihr wöchentlich einmal herausgegebenen „Stahlwarenarbeiter“ mehrmals erscheinen zu lassen. Außerdem wandten sie sich beschwerdeführend an den Parteivorstand, weil nach ihrer Meinung die „Arbeiterstimme“ unter Billigung der Solinger Parteinstanzen einen Parteitag beschließen gebrochen hätte. Sie stützten sich auf folgende Tatsache: In dem Bericht des Parteivorstandes an den Leipziger Parteitag war von resultatlos verlaufenen Verhandlungen in Solingen Mitteilung gemacht worden:

„Die Differenzen wurzeln in den ganz eigenartigen und sehr komplizierten Verhältnissen der Solinger Stahlwarenindustrie und drehen sich fast ausschließlich um die Frage der zweckmäßigsten Form der gewerkschaftlichen Organisation.“

Es war dann weiter erwähnt worden, daß innerhalb der Partei beide Teile doch „im großen und ganzen verträglich nebeneinander arbeiten.“ Und nun folgte der Satz, auf den sich jetzt die Führer des Industriearbeiter-Verbandes stützen: „Der Parteivorstand empfiehlt daher, die Entscheidung in dieser Streitfrage der weiteren Entwicklung zu überlassen.“

In diesem Satze wollten sie einen Parteitag beschließen sehen, der die „Arbeiterstimme“ zur Neutralität verpflichtete, aber mißachtet worden sei. Der Parteivorstand schickte zunächst den Genossen Ebert nach Solingen, damit er mit den in Betracht kommenden Vorständen aller Organisationen bespreche, was am zweckmäßigsten zu tun sei, um die hochgehenden Wogen wieder zu glätten. Die Folge der Aussprache war eine neue Konferenz in Solingen, an der die Vorstände der Partei, des Metallarbeiter-Verbandes und des Industriearbeiter-Verbandes, die Genossen Braun und Müller vom Parteivorstand, Genosse Silberschmidt als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, sowie Genosse Haberland-Eberfeld als Mitglied des nieder-rheinischen Agitationskomitees teilnahmen. Die Verhandlungen führten nicht zu einer Einigung, konnten vielmehr dem Parteivorstand nur zur Information dienen in bezug auf die Beantwortung der vorerwähnten Beschwerde des Industriearbeiter-Verbandes. Diese Antwort lautet in ihren wichtigsten Partien wie folgt:

„Gegen die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ kann der Vorwurf, einen Parteitag beschließen übertreten zu haben, und gegen die Preßkommission und den Sozialdemokratischen Verein zu Solingen kann der Vorwurf, einen solchen Disziplinbruch gebilligt zu haben, nicht zu Recht erhoben werden.“

Dem im Bericht des Parteivorstandes an den Leipziger Parteitag 1909 (Seite 18 des Protokolls) wiedergegebenen Satz: „Der Parteivorstand empfiehlt daher, die Entscheidung in dieser Frage (der Solinger Gewerkschaftsdifferenzen) der weiteren Entwicklung zu überlassen“, wurde vom Parteitag nicht widerprochen, und er dürfte damit für die weitere Verhandlung der Solinger Gewerkschaftsverhältnisse als Richtlinie angesehen werden. Ein Abweichen von dieser Richtlinie kann aber nicht dem Bruch eines ausdrücklichen Parteitagbeschlusses gleichgestellt und deshalb nicht als Disziplinbruch angesprochen werden.“

Die Solinger Parteinstanzen haben sich jahrelang bemüht, in Anerkennung der in dem Vorstandsbericht an den Leipziger Parteitag gegebenen Richtlinien die Erörterung der Gewerkschaftsstreitigkeiten aus ihrem Parteiblatt fernzuhalten. Die Praxis hat jedoch ergeben, daß das Parteiblatt diese Differenzen nicht vollständig ignorieren konnte, nachdem dieselben eine Entwicklung genommen hatten, die jeder Klassenbewußte Arbeiter aufrichtig bedauern muß. Es ist tief bedauerlich, daß aus der Stellungnahme der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu diesen Auseinandersetzungen sich eine unerwünschte, die Gesamtarbeiterbewegung schädigende Diskussion zwischen dem „Stahlwarenarbeiter“ und der „Bergischen Arbeiterstimme“ entwickelt hat. In dieser Diskussion sind auf beiden Seiten Fehler gemacht worden, wenn auch die schwere Entgleisung in Nr. 88 der „Bergischen Arbeiterstimme“ in keiner Weise die fortdauernd persönlich gehäßige Schreibweise rechtfertigen kann, deren sich der „Stahlwarenarbeiter“ seit April d. J. bis jetzt bediente.“

Der Parteivorstand macht allen Parteigenossen zur Pflicht, diese Art der Polemik zu unterlassen.“

Es muß der „Bergischen Arbeiterstimme“ selbstverständlich frei stehen, durch sachliche Artikel aufklärend im Sinne der Zentralisationsbestrebungen der Gewerkschaften zu wirken. Zur Erörterung der Streitigkeiten zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband sind in erster Linie die Organe der beiden Gewerkschaften berufen. Nehmen die Differenzen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband einen solchen Charakter an, daß ihre Erörterung in der „Arbeiterstimme“ sich als notwendig erweist, so hat aus den Artikeln und den Berichten der „Bergischen Arbeiterstimme“ alles herauszubleiben, das geeignet ist, persönlich herabsehend zu wirken. Derselbe Grundsatz muß selbstverständlich auch für den „Stahlwarenarbeiter“ gelten.“

Bei den komplizierten Verhältnissen in der Solinger Industrie müssen alle Parteigenossen, soviel in ihren Kräften steht, dazu beitragen, daß der im Interesse der Arbeiter dringend wünschenswerten Annäherung der beiden Verbände keine künstlichen Schwierigkeiten gemacht werden.“

Dieser Solinger Zwist ist um so bedauerlicher, weil in beiden Lagern tüchtige und bewährte Genossen stehen. Was könnte für die Partei und für die Arbeiter gerade in Solingen erreicht werden, wenn die Genossen ihre Kräfte nicht vergeuden wollten im Bruderkampf? Je schneller sie zu einer Einigung kommen, um so besser für alle Teile.

Deutsches Reich.

Friede in der hannoverschen Metallindustrie.

In der hannoverschen Metallindustrie ist gestern nach beinahe dreimonatigem Kampfe wieder Frieden eingetreten. Nachdem bereits vorgestern die in christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter die neuen Vorschläge der Unternehmer angenommen und vorgestern die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine die Arbeit wieder aufgenommen hatten, haben auch die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter in zehn Versammlungen in geheimer

Abstimmung mit 2768 gegen 2638 Stimmen die Bedingungen der Unternehmer angenommen. Die Einigungs-Kommission tritt heute früh nochmals zusammen, um über die Wiederaufnahme der Arbeit die letzten Vereinbarungen zu treffen. Das Angebot der Unternehmer besteht in 57stündiger Arbeitszeit, die vom 1. Juli 1913 auf 56 1/2 Stunden herabgesetzt werden soll, und in einer Lohn-erhöhung von drei Pfennig pro Stunde.

Fabrikarbeiterstreit.

Bei der Weltfirma Joh. Gottl. Hauswaldt in Magdeburg sind die Arbeiter der Röhrenfabriken in den Ausstand getreten. Es streikten 272 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiter forderten eine Lohnsteigerung und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen; die Firma verhielt sich jedoch ablehnend und stellte nur für den 1. Januar 1913 eine Lohnzulage in Aussicht, deren Höhe sie aber nicht einmal angab. In der vergangenen Woche legte schon eine Anzahl jugendlicher Arbeiter die Arbeit nieder, was die Firma veranlaßte, den Jugendlichen geringe Zugeständnisse zu machen. Als dessen ungeachtet die Jugendlichen die Arbeit nicht wieder aufnahmen, drohte die Firma damit, die Jugendlichen wieder rückgängig machen zu wollen. Dies und der Umstand, daß sie der übrigen Arbeiterschaft keine Geneigtheit zu einem Einigkommen zeigte, gab den äußeren Anlaß zu dem allgemeinen Streik in den Röhrenfabriken. Die übrigen Betriebszweige der weltbekannten Firma sind von dem Streik unberührt.

Ausland.

Generalstreik in Zürich.

Berlin, 11. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Als Protest gegen fortgesetzte Ausweisung streikender Maler und Schlosser und gegen die Provokationen durch Streikbrecher, Polizei und Regierung beschloß die Arbeiterschaft Zürichs, für Freitag einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik zu proklamieren.

Zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten in Norwegen.

Dem norwegischen Storting liegt gegenwärtig ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf vor, der zur Einführung eines Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahrens bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dienen soll. Zur Behandlung von Konflikten über die Auslegung und Anwendung geltender Tarifverträge soll ein besonderer Gerichtshof, das Arbeitsgericht, geschaffen werden, zusammengesetzt aus einem Vorsitzenden, der die Qualitäten eines Richters am höchsten Gericht haben muß, und vier Beisitzern, die je zwei von der Landesorganisation der Gewerkschaften und von der norwegischen Arbeitgebervereinigung auszuwählen werden. Das Arbeitsgericht soll die Kompetenzen der ordentlichen Gerichte erhalten, kann also Urteile verhängen und rechtsgültige Urteile sprechen. Seine Entscheidungen sind in der Regel endgültig, jedoch ist bei Abweisung einer Klage Berufung an das höchste Gericht zulässig.

Bei Konflikten über die Neuregelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen sollen die Parteien die Sache einem Schlichtungsrat überweisen, der sich aus einem fest anzustellenden Schlichtungsmann und zwei Beisitzern zusammensetzt, die vom Vorsitzenden auf Vorschlag der Parteien ernannt werden. Das Land soll in fünf Schlichtungskreise geteilt werden mit je einem Schlichtungsmann. Der Schlichtungsrat hat sorgfältig alle Umstände einzuholen, die für die zweckmäßige Lösung der Streitfragen erforderlich sind. Wird innerhalb 14 Tagen eine Einigung nicht erzielt, so können die Parteien die Einleitung des Schlichtungsverfahrens verlangen. Verfügen die Parteien es, einen Konflikt dem Schlichtungsrat zu überweisen, so kann dies durch das Ministerium des Innern geschehen.

Außerdem ist in dem Entwurf noch die Errichtung eines Schiedsgerichts vorgesehen, bestehend aus dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichtes und vier Beisitzern, und zwar zwei von jeder Partei auszuwählen. Die Urteile dieses Schiedsgerichts dürfen nicht länger gelten als drei Jahre, es sei denn, daß die Parteien sich mit einer längeren Gültigkeit einverstanden erklären.

Ein Konflikt über die Auslegung oder Anwendung eines Tarifvertrages darf nach dem Gesetzentwurf überhaupt nicht zum Streik oder zur Aussperrung führen, und ein Konflikt über Neuregelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen muß immer erst das Schlichtungsverfahren durchgemacht haben, ehe es zum Streik oder zur Aussperrung kommen darf. Für die Übertretung dieser Bestimmungen sind Geldstrafen vorgesehen, die für die Arbeitgeber im Wiederholungsfalle bis zu 50 000 Kronen betragen können. Bruch eines Tarifvertrages kann nach dem Entwurf mit bis zu 30 Kronen pro Mitglied der Arbeitgeberorganisation, und bis zu 30 000 Kronen pro Mitglieder der Arbeitgeberorganisationen bestraft werden. Die Organisationen beider Parteien werden haftbar gemacht für die Geldstrafen, die ihre Mitglieder sich zuziehen.

Auf die im Dienste des Staates oder der Kommunen fest angestellten Arbeiter soll das Gesetz keine Anwendung finden.

Der Gesetzentwurf hat in der Arbeiterschaft starken Widerspruch hervorgerufen. Die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften hielt kürzlich in Kristiania eine Repräsentantenversammlung ab, um Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen, und hat nun an das Storting das Ersuchen gerichtet, die Behandlung des Gesetzentwurfes auf jeden Fall um ein Jahr hinauszuschieben, damit die Arbeitgeberorganisationen im ganzen Lande erst gründlich darüber beraten und ihr Gutachten dazu abgeben können. Die Landesorganisation ist der Meinung, daß es mit einer solchen Gesetzgebung nicht so große Eile hat, da in den letzten Jahren in Norwegen kein Kampf zwischen den organisierten Arbeitern und Arbeitgebern ausgebrochen ist, ohne daß nicht vorher Verhandlungen stattgefunden hätten. Wenn es dennoch zu großen Kämpfen kam, so war der Grund der, daß die Interessengruppen sich nicht auf friedlichem Wege aus der Welt schaffen ließen. Es ist anzunehmen, daß man auch in Zukunft immer erst verhandeln wird, auch ohne daß ein Gesetz es vorschreibt. Gleichzeitig möchte die Landesorganisation darauf aufmerksam machen, daß wenn der Staat in solcher Weise in die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreifen wolle, auch die Frage der Vereinigungsfreiheit mit behandelt, also ein gesetzlicher Schutz des Koalitionsrechtes geschaffen werden müsse. Im allgemeinen sei der Gesetzentwurf nicht zufriedenstellend, und man könne dasselbe Resultat durch einfachere Institutionen erzielen, wie sie zum Beispiel in Dänemark und in Schweden bestehen, wo der Schlichtungsbeamte nur bei unauflösbaren Konflikten eingreift.

Ob der Entwurf noch in dieser Stortingsession zur Verhandlung kommen wird, ist noch zweifelhaft. Das Sozialkomitee hat einen Antrag auf Vertagung der Angelegenheit vorläufig abgelehnt, jedoch erklärte der Komiteevorsitzende, der den Ausschlag gab, daß er nur dann für die Behandlung des Entwurfs sei, wenn die Stortingsession dadurch nicht verlängert werde.

Der Seemannsstreik greift über nach Algier.

Nach einer stürmischen Versammlung beschloßen die Seeleute in Algier, sich mit den ausländischen Besatzungsmannschaften der Hafenschlepper solidarisch zu erklären. Nach der Versammlung gaben sich die Seeleute auf die Kais und veranlaßten dort die Arbeitswilligen, sich ihnen anzuschließen. Die Lage wird hier als sehr ernst angesehen.

Aus der Frauenbewegung.

Der freie Sonnabendnachmittag für die Textilindustrie.

Die von den Unternehmern der Textilindustrie während der Krise der letzten Jahre den Arbeitern aufgezogene Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit hat namentlich den Arbeiterinnen

den Wert des freien Sonnabendnachmittags zum Bewußtsein gebracht. Es ist in verschiedenen Orten schon üblich geworden, daß die verheirateten Arbeiterinnen am Sonnabend nach der Mittagspause nicht mehr in die Betriebe gehen. Die Unternehmer, vermutlich in der Erkenntnis, dagegen machtlos zu sein, lassen die Arbeiterinnen gewähren. So hat sich bei vielen Arbeiterinnen der freie Sonnabendnachmittag durch Selbsthilfe eingeführt, die dadurch erst zu einer wirklichen Sonntagsruhe kommen, daß sie den größten Teil ihrer notwendigen Hausarbeiten bereits am Sonnabend erledigen können. Daß die Arbeiterschaft der Freigabe des Sonnabendnachmittags das regste Interesse entgegenbringt, geht daraus hervor, daß die Forderung bei den Lohnbewegungen der letzten Zeit immer häufiger erhoben wurde.

Die Freigabe des Sonnabendnachmittags wäre auch ohne nennenswerte Schwierigkeiten für die Industrie einzuführen, sofern die Unternehmer den Wünschen der Arbeiterschaft und den Bedürfnissen der Arbeiterinnen nur einigermassen entgegenbrachten würden. Denn die Produktivität der Betriebe würde keine Einbuße, sondern eine Steigerung erfahren. Die für die Arbeiterschaft sich ergebenden Vorteile wären eine Herabminderung der Unfallgefahren, eine längere Erhaltung der Arbeitskraft, Zeitgewinn für das Familienleben und für die Betätigung in der Arbeiterbewegung, die auch für die Arbeiterinnen immer notwendiger wird, wenn sie sich mit Erfolg gegen die kapitalistische Ausbeutung wehren wollen, wenn sie nicht nur Arbeiterinnen, sondern auch Frauen und Mütter sein wollen.

Der letzte Verbandstag der Textilarbeiter forderte deshalb für die gesamte Arbeiterschaft der Textilindustrie den freien Sonnabendnachmittag. Der Arbeitschluß soll in allen Betrieben einheitlich am Sonnabendmittag um 12 Uhr, die Lohnzahlung am Freitag erfolgen. Für die Arbeiterinnen soll die Freigabe des Sonnabendnachmittags von der Gesetzgebung gefordert werden. Das Interesse der Arbeiterinnen an dieser Forderung ist ein so großes, daß jede Arbeiterin zur Agitatorin für diese Forderung werden muß. Der Textilarbeiterverband, der mit seiner größten Zahl weiblicher Mitglieder die Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit immer energischer vertreten hat, wird auch die Freigabe des Sonnabendnachmittags erreichen. Und nicht an der Arbeiterschaft wird es liegen, wenn diese für sie so wichtige Forderung nicht friedlich erfüllt werden sollte. Sogar der Textilarbeiterinnen ist es, nun alles daranzusetzen, die Zahl der weiblichen Mitglieder im Verband noch mehr als bisher zu stärken, um eventuellen Kämpfen für diese Forderung gewachsen zu sein. Die Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiterschaft, besonders der überbürdeten Arbeiterfrauen, das durch die Arbeit von Mann und Frau gerüttelte Familienleben der Textilarbeiter erheischt gebieterisch die Freigabe des Sonnabendnachmittags.

Daß durch die Freigabe des Sonnabendnachmittags die Forderung nach weiterer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nicht zurückgedrängt werden darf, ist selbstverständlich. Der freie Sonnabendnachmittag nur als nächste erreichbare Etappe zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit betrachtet, ist geeignet, bei den Arbeiterinnen den Wunsch nach einer weiteren Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu wecken zu lassen.

Ueber den jetzigen Umfang des freien Sonnabendnachmittags berichtete Martha Hoppe auf dem genannten Kongress: Eine sich auf 6451 Betriebe mit 629 045 Personen erstreckende Umfrage über den Schluß der Betriebe am Sonnabend ergab, daß, wenn der Betriebschluß am Sonnabend um 2 Uhr nachmittags als „freier Nachmittags“ bezeichnet wird, in 48 Orten 88 000 Personen in 303 Betrieben den freien Sonnabendnachmittag schon haben. Da Arbeiterinnen an den Sonnabenden nicht länger als bis 5 Uhr in die Betriebe verbleiben dürfen, ist es bemerkenswert, daß nur in 408 Betrieben mit 52 435 Personen noch bis um 5 Uhr gearbeitet wird, in 2533 Betrieben mit 250 305 Personen aber schon früher als 5 Uhr Arbeitschluß ist. In 225 Betrieben haben 35 000 Personen Sonnabends um 12, 12 1/2 und 1 Uhr Feierabend. Ueber 24 000 Arbeiterinnen wurde berichtet, daß sie eine halbe bis 2 Stunden früher aufhören als die Männer. Nach der letzten Betriebsabklärung von 1907 umfaßt die Textilindustrie 161 218 Betriebe mit 1 088 280 beschäftigten Personen, darunter 62 Proz. weibliche. Es ist also nur ein kleiner Teil der Betriebe und etwa die Hälfte der beschäftigten Personen durch die Umfrage erfaßt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedenau. Der von den Genossinnen im Frauenleseabend beschlossene Ausflug nach Pehlendorf fällt aus. Es wird gebeten, sich dem Familienausfluge des Bildungs- und Jugendausflusses (Steglich-Friedenau) nach Schilbhorn anzuschließen. Treffpunkt: Sonntag, den 14. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, Steglich, Ecke der Brunnenwald- und Kleiststraße.

Lichtenberg. Der Lesabend fällt diesen Monat aus. — Sonntag, den 14. Juli, findet ein Ausflug nach Baumchulenberg (Königsheide) statt. Treffpunkt bis 4 Uhr in Speers Festillen, Baumchulenbergstraße. Dasselbst Kaffeelocher. Fahrgeld hin und zurück 20 Pf.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 17. d. Mts., Dampferpartie nach Arampenburg. Abfahrt Punkt 2 Uhr: Waisenbrücke (Rahm u. Herzer).

Letzte Nachrichten.

Annahme des Protektoratsvertrages im französischen Senat.

Paris, 11. Juli. (B. Z. V.) Im Laufe der Debatte über den Protektoratsvertrag über Marokko erklärte Ministerpräsident Poincaré, jeder begreife, daß es unmöglich sei, eine andere Nation in Marokko sich selbst zu lassen. Die Lösung der Frage der Schutzgenossen hänge von den internationalen Abmachungen ab, es müsse also die Konvention von Madrid (sobald als möglich einer Revision unterzogen werden. Der Ministerpräsident fügte hinzu, die Verhandlungen mit Spanien seien erheblich vorwärtsgesommen und nähmen einen zufriedenstellenden Fortgang. Im Falle Ruhez Hafid abdante, sei sein Sohn und Nachfolger verpflichtet, den Vertrag durchzuführen. Ministerpräsident Poincaré lobte sodann General Dhauteau und erinnerte an die glückliche Aktion des Generals Dhauteau. Die Regierung habe Dhauteau nichts verweigert und werde ihm auch nichts verweigern, was er fordere: je mehr Frankreich zum Frieden entschlossen sei, desto mehr müsse es eiferfüchtig seine militärische Kraft erhalten. (Weifall.) In Marokko und im Süden sei man noch nicht mit alles zu Ende. Er verheißte sich nicht, daß das Unternehmen lange dauern werde, aber er rechne auf die Vaterlandsliebe des Senats. (Weifall.) Nachdem noch einige Redner erklärt hatten, für den Vertrag zu stimmen, wurde die allgemeine Beratung geschlossen und der Protektoratsvertrag angenommen.

Der Senat hat den Gesetzentwurf betreffend das deutsch-französische Abkommen über die Staatsangehörigkeit der Europäer und Eingeborenen in den im Kongo ausgetauschten Gebieten angenommen.

Aufstand in Portugiesisch-Indien.

Lissabon, 11. Juli. (B. Z.) Der Gouverneur von Portugiesisch-Indien berichtet über schwere Unruhen in Goa. In der Stadt Salaty führte die Bevölkerung die Post- und Telegraphenämter und versuchte, die eingeborenen Truppen zur Revolte aufzuwachen, was ihnen auch teilweise gelang. Die weichen Truppen blieben treu und ließen den Rebellen bereits mehrere blutige Schlachten, im Verlaufe deren es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gab. Die Kämpfe dauern an.

700 Schafe verbrannt.

Schwerin i. Meckl., 11. Juli. (S. V.) Wie jetzt bekannt wird, sind am Dienstag durch Blitzschlag bei einem heftigen Gewitter in Wiesthof bei Löviz und beim Rittergut Grieskow 700 Schafe umgekommen, da der Blitz in den Ställen gezündet hatte. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der italienische Parteitag.

(Zweiter Tag.)

Reggio Emilia, den 8. Juli.

Nach Verlesung eines Telegrammes der englischen Partei...

Bericht des Parteivorstandes

Wieder auf. Lazzari kritisiert es, daß an Stelle eines Flugblattes...

Radigliani, Linkreformist und Mitglied des Parteivorstandes...

Nach weiteren Bemerkungen des Genossen Serrati und einem Schlusswort...

Bericht der Parlamentsfraktion

auf. Vor Entgegennahme dieses Berichtes erzählt der Parteitag...

In einer langen und ausführlichen Rede bemängelt Lazzari die Haltung der Fraktion...

Genosse Mussolini (Red.) führt an, daß der Sozialist Grazia bei in der Kammer...

Genossin Nobilelli, Mitglied des Parteivorstandes, betont die Notwendigkeit...

Bonomi, der zweite der mit der Ausstoßung aus der Partei bedrohten Abgeordneten...

Redner fragt zum Schluss, ob die Partei nach Ausstoßung der Rechtsreformisten...

Genossin Nobilelli, Mitglied des Parteivorstandes, betont die Notwendigkeit...

Kleines feuilleton.

Ein technisch-wissenschaftliches Institut im Industriegebiet. Offiziell wird gemeldet: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft...

Das Neon-Röhrenlicht. Der französische Physiker G. Claude ist der Erfinder einer neuen Beleuchtungsart...

und Cabrini könnten ruhig in den Quirinal gehen, feinetwegen auch in den Vatikan...

Cabrini, Rechtsreformist, nimmt als erster der mit der Ausschließung Bedrohten das Wort...

Was die dynamischen Rundgebungen betrifft (Unruhe), so wolle Redner ihren politischen Charakter keineswegs leugnen...

Genossin Nobilelli, Mitglied des Parteivorstandes, betont die Notwendigkeit...

Bonomi, der zweite der mit der Ausstoßung aus der Partei bedrohten Abgeordneten...

Redner fragt zum Schluss, ob die Partei nach Ausstoßung der Rechtsreformisten...

Genossin Nobilelli, Mitglied des Parteivorstandes, betont die Notwendigkeit...

Redner fragt zum Schluss, ob die Partei nach Ausstoßung der Rechtsreformisten...

am Ende ihres zwecklosen Kampfes würden die, die heute Richter sind...

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht...

Als letzter Redner des Tages spricht der Abgeordnete Podrecca, Chefredakteur...

Die Reaktionen der beiden Fraktionen dauern auch heute bis nach zwei Uhr...

23. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Amsterdam, 12. Juli.

Zu Beginn der Sitzung nimmt der Kongress mit Schmerz die Nachricht zur Kenntnis...

Die Regelung der Löhne.

Cadeau-Frankreich begründet unter Hinweis auf den Erfolg der britischen Kameraden...

Es soll durch Gesetz das Prinzip eines Minimallohnes festgelegt werden...

Es ist uns gelungen, die Löhne zu steigern — aber die Preise steigen ebenso.

Es soll ein Gesetz geschaffen werden, das den Grundsat eines Mindestlohnes festlegt...

Redner erklärt, daß das jetzige Gehaltslohnssystem in jeder Form veraltet ist...

Es hat sich in England und Australien das Prinzip des Mindestlohnes gesetzlich anerkannt...

Redner fragt zum Schluss, ob die Partei nach Ausstoßung der Rechtsreformisten...

aus Spezialbronze hergestellt, mit besonderer Sorgfalt bearbeitet und mit Schutzvorrichtungen...

Humor und Satire.

Neue Bücher (mit Wolfszetteln).

Der liebenswürdigste Humorist parodiert hier auf das glücklichste den Liebereifer...

Begleiter für Nationalliberale. Schon längst erhebt sich die Frage...

Wie benehme ich mich auf der Polizeiwache? Mit vielen Bildern über das Vögel im allgemeinen...

Der kleine Soldatenschilder... bis zur Perfektion — Schon nach kurzer Zeit habe überraschende Wirkungen erzielt...

Notizen.

Heinz Ronnard, seit 1908 Mitglied des Vesting-Theaters, ist einem Kehlkopfkrebs erlegen...

Ein Institut für experimentelle Therapie will die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften...

Die Memoiren Karl Mays. Die Memoiren Karl Mays, herausgegeben von seiner Gattin...

Der erste eugenische Kongress. Zum ersten Male werden Ende dieses Monats in der britischen Hauptstadt die Vorkämpfer...

den anderen Verufen, muß auch in dem unberechenbaren Bergbau der Mindestlohn möglich sein. Der Bergmann hat sogar höheres Anrecht darauf. Die Versteigerung kann die Arbeit jeden Tag verändern. Es ist himmelschreiend, den Bergmann allein für die Lagerungsverhältnisse büßen zu lassen. Einen Teil davon wollen wir tragen — aber die Erwerber wollen das ganz und gar nicht. Es handelt sich hier um die Kardinalfrage, denn wenn der Bergmann sein Auskommen hat, wird er nicht seine Gesundheit durch Verahren von Ueberflüssen schädigen. Alle Bergmannstragen kulminieren hier, wir stimmen deshalb den Resolutionen zu. (Schloffer Weisfall.)

Leunehard-Belgien berichtet über den Mißerfolg der belgischen Minimallohnbewegung. Wenn wir streikten, räumten die Bergbarone ihre Borräte. War das geschehen, so erhöhten sie alle die Löhne etwas, aber vorher hatten sie die Kohlenpreise künstlich hinaufgetrieben. Minimallöhne gibt es bei uns schon — aber nur für die Direktoren, Verwaltungsräte und Aktionäre. Nehmen wir uns doch überall die Engländer in ihrem unermüdlichen, erfolggedrängten Kampf zum Muster! (Weisfall.)

Smillie-Großbritannien fährt aus, daß er über die Durchführung des englischen Mindestlohngesetzes nicht sprechen will, da die Engländer alle Distriktsabmachungen den kontinentalen Kameraden sobald wie möglich aufheben wollen. Unter Kampf hat uns die Notwendigkeit der starken, geschlossenen Organisation gelehrt, denn nur die Macht der Arbeiterklasse auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet kann der Regierung etwas abringen. Nur aus Furcht vor der Arbeiterklasse, aus Angst vor der Revolution hat die englische Parlamentmehrheit das Mindestlohngesetz angenommen, das übrigens in den ausländischen Zeitungen tendenziös verkleinert wird. (Hört! hört!) Saden doch erst gestern die schwedischen Bergarbeiter erfahren, daß ihre Distriktsabmachungen ihnen Lohn-erhöhungen um acht Millionen Mark pro Jahr, Lohnrückstellungen bis zu 2½ Schilling (Mark) pro Tag gebracht haben. Und in Schweden sind ähnliche Erfolge erzielt. Unser Ziel bleibt die Festlegung des Existenzminimums. — Wenn das Parlament wirklich das Volk vertrete, wären wir bereit, ihm auch die Festlegung des Mindestlohnes anzuvertrauen, aber es hat sich gezeigt, daß nur die Arbeitervertreter die Arbeiterschaft um ihrer selbst willen vertreten haben. Das lehrt uns, daß eine starke Vertretung des Proletariats im Parlament nicht minder notwendig ist als die starke Gewerkschaft. (Allgemeiner stürmischer Weisfall.)

Walker-Nordamerika kann die Beschäftigung nicht unterdrücken, daß die Festlegung von Invalidenpensen die Löhne drücken könnte, weil solche Pensionsempfänger für geringen Lohn arbeiten würden. Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Die Achtstundenschicht.

Es liegen folgende Anträge vor:
Antrag Belgien: Der Kongress diskutiere den Achtstundentag und die in den verschiedenen angeschlossenen Ländern bestehende Regelung der Arbeitszeit.

Antrag Frankreich: Wir sind der Ansicht, daß die Zeit gekommen ist, um die Einführung des Achtstundentages, einschließlich Ein- und Ausfahrt, für alle unter oder über Tage beschäftigten Bergarbeiter bei einer Maximalarbeitswoche von 48 Stunden zu beschleunigen.

Barthuel-Frankreich spricht für diesen Antrag. Das von uns erkämpfte Achtstundentagesgesetz von 1905 rechnet die 1 bis 1½ Stunden beanspruchende Ein- und Ausfahrt nicht in die Arbeitszeit ein und das Akkordsystem und der Terror der Unternehmer verlängern die Arbeitszeit so, daß Doppelschichten, ja sogar dreifache Schichten vorkommen. (Lebhaftes Entzücken vieler Delegierter.) Es bestehe dann nur eine Pause zum Nachkassieren und zum Ordnen eisiger Angelegenheiten. (Hört! hört!)

Abg. S. a. H. - Bochum: Der belgische Antrag ist bei dem Alter dieser Forderung überflüssig. Die allhergedachte Achtstundenschicht im deutschen Erzbergbau wurde durch den Kohlenbergbau verdrängt. In Bezug auf gesetzgeberische Regelung der Schichtdauer müssen wir Deutsche uns vor England, Desterreich und Frankreich schämen! In Preußen sind aufeinanderfolgende Doppelschichten zwar verboten, aber da läßt der Unternehmer einfach 8-7 Stunden arbeiten! In Belgien ist die Achtstundenschicht samt Seilschaft nur durch Arbeitsordnung festgesetzt, in Niederösterreich im 10-10-Ständige, in Oberösterreich 9-12 Stunden, ebenso im Königsberg Sachsen! In Oberösterreich arbeiten 85 Prozent der Untertagearbeiter noch 12 Stunden. In Mitteldeutschland wird ebenfalls noch 9-12 Stunden gearbeitet. In der Frage der Schichtdauer und der Lohnzahlungsperiode ist Deutschland in der Welt hinten nach. (Sehr wahr! bei den Deutschen.) Dagegen ist in Desterreich jetzt bestimmt worden, daß alle 14 Tage reiner Lohnzahlungszeit ist! Die Erntenziffer der Knappschichtklassen von 50-120 Proz. zeigt die Folgen dieser deutschen Zustände, zu denen auch eine der französischen entsprechende Ueberflüssigkeit kommt, wofür sogar der Mediziner des christlichen „Bergbaupapst“ eingetreten ist. (Hört! Hört!) Die christlichen Arbeiter haben dagegen protestiert! (Hört! Hört!) Sowohl, aber der Mediziner des christlichen Baues ist dabei geblieben. Man bringt kein Reichsberggesetz ein, weil man die Festlegung der Schichtdauer durch den Reichstag fürchtet. Freilich haben bisher nur kleinere Parteien diese unsere Forderung unterstützt. Wir wollen aber unablässig für sie kämpfen, um die ganze Öffentlichkeit dafür zu gewinnen! (Weisfall.)

W. a. H. - England: Wir wollen die achtstündige Arbeitszeit „von der Schachtlohe bis zur Schachtlohe“, also mit Einschluß der Seilschaft. Wir arbeiten zum größten Teil acht Stunden, das Gesetz gestattet zwar sechzig Ueberstunden im Jahr unter gewissen Kontrollmaßnahmen, aber die englische Föderation hat beschlossen, dies nicht zuzulassen und die Unternehmer haben es auch noch nicht verurteilt. Die achtstündige Arbeitswoche widerspricht unserer Forderung nach dem Achtstunden-Tag. Die Oberstagsarbeiter sind lange nicht so gefährdet wie die Untertage-Arbeiter. Da die Gefahr zu langer Arbeitszeit das stärkste Argument für den Achtstundentag ist, würde die Verquickung dieser Forderung mit der für die Untertagearbeiter ihre Schwächung. Mit diesen Reservationen sind wir einverstanden, das Internationale Komitee mit der Einleitung einer Achtstundenaktion zu betonen.

W. a. H. - Nordamerika: Wo bei uns infolge starker Organisationen schon die Achtstundenschicht erreicht ist, wird darunter nur die wirkliche Arbeitszeit vor der Kohle verstanden. Somit wird neun Stunden und noch länger gefördert. Ueberstunden sind höchst selten, die Gewerkschaften gestatten sie bei Gefahr oder Unglücksfällen. Für den von uns programmatisch festgesetzten Sechsstundentag besteht keine Kampfstimmung, aber die Produktionsverhältnisse selbst bringen uns Arbeitszeitverkürzung.

S. u. - O. - O. schlägt im Interesse der Klarheit den Franzosen vor, in ihrem Antrage die Worte „bei einer Maximalarbeitswoche von 48 Stunden“ zu streichen. — Die Achtstundenforderung ist eine der Weltarbeiterschaft, wir müssen sie deshalb auch für die Oberstagsarbeiter erheben, womit übrigens auf dem vorigen Kongress auch die Engländer einverstanden waren, da sie es selbst beantragten. (Weiterleit.)

W. a. H. - Venedig-Frankreich motiviert die beanstandeten Worte damit, daß in den Parlamentsverhandlungen erklärt wurde, daß manche Arbeiter am Sonabend nach Hause gehen, sich bloß waschen und wieder einschlafen. Das soll eben verhindert werden.

S. u. - O. - O. in der französischen Forderung heißt es „sous stipulation“, „unter Festlegung“ der achtstündigen Arbeitswoche. Das ist viel klarer. Es handelt sich um einen alten sozialpolitischen Streit: wir haben uns aus guten Gründen stets gegen die Festlegung einer Arbeitswoche ausgesprochen.

Die Franzosen ändern ihre Resolution dahin, daß der Achtstundentag gefördert wird, daß aber die Arbeitszeit 48 Stunden pro Woche nicht überschreiten dürfe. Es wird aber aufmerksam gemacht, daß gestern die Forderung der fünf Tage-Arbeitswoche beschlossen wurde, so daß nur von der vierzigstündigen Woche gesprochen werden könnte.

Belgier-Frankreich spricht nun noch die Zustimmung der Belgier zu der Achtstundenforderung aus, da das dortige Gesetz nur die Achtstundenschicht festsetzt, was für die Arbeiter, außer den

Bauern, einen Fortschritt bedeutete. Wir können nur völlig Smillies Betonung der Gleichzeitigkeit gewerkschaftlicher und politischer Aktion zustimmen.

Das Internationale Komitee wird mit der Redaktion der Resolution betraut. — Smillie-England beantragt, die Sympathie des Kongresses zur Auffstellung einer selbständigen Kandidatur der Arbeiterpartei (Genosse Sam Finer) in dem Wahlkreis des verstorbenen Kameraden Edwards, Mitglied des englischen Unterhauses für Hanley, telegraphisch zu übermitteln. (Angenommen.)

7. Verbandstag der freien Gastwirte.

Frankfurt a. M., 10. Juli.

In der heutigen Sitzung stand der Punkt:

Einkaufs- und Produktionsgenossenschaftswesen im Verband zur Beratung. Der Referent von der Heyden-Köln empfiehlt, überall Einkaufsvereinigungen zu errichten und zwar am besten in loser Form. Auch an der Gründung von Genossenschaftsbrauereien sollten sich die Kollegen beteiligen. Der Referent präziserte dann die Stellung der Gastwirte zu den Konsumvereinen. Von der Heyden erklärte dazu, die Konsumvereine kämen hauptsächlich nur beim Einkauf von kleineren Artikeln, besonders solcher für den Haushalt in Betracht. Der Redner begründete dann Vorschläge für die weitere Zusammenfassung und Tätigkeit der allgemeinen Einkaufskommission des Verbandes, die in nachfolgender Resolution niedergelegt sind:

1. Der Verbandstag ersucht alle Mitglieder, sich den bestehenden Einkaufsvereinigungen am Orte anzuschließen und möglichst alle Waren von dieser zu beziehen.

2. Er ersucht ferner, unter vorzüglicher Berücksichtigung aller bestehenden Verhältnisse, Einkaufsvereinigungen zu errichten.

Die Einkaufskommission des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands besteht aus fünf Kollegen und hat ihren Sitz in Berlin. Sie wird gewählt aus Mitgliedern der Einkaufsvereinigungen von Groß-Berlin.

Die nächste Aufgabe der Kommission muß sein, mit Referanten von verschiedenen Spezialartikeln und Zigarettenfabriken für den Verband Abschlüsse zu vereinbaren. Sie hat ferner die Verpflichtung, über noch andere vorzunehmende Abschlüsse den einzelnen Einkaufsvereinigungen Mitteilung zu machen.

Die Einkaufsvereinigungen sind verpflichtet, ihre Abrechnung der Einkaufskommission mitzuteilen, ebenso alle für unseren gemeinschaftlichen Einkauf wichtigen Angelegenheiten.

Der Verbandstag empfiehlt und macht es allen unabhängigen Kollegen zur Pflicht, sich den am Orte befindlichen Genossenschaftsbrauereien anzuschließen.

In der Debatte über diesen Punkt wiesen die Redner auf die Notwendigkeit hin, daß sich alle Kollegen den Einkaufsvereinigungen anschließen, was ja nur zu ihrem Vorteil sei. Ein Redner betonte, daß eine ganze Reihe Artikel durch die Groß-Einkaufsgesellschaft bezogen werden könnten.

Soziales.

Biegeleiarbeiter.

Die Biegeleiarbeiter gehören den Verufen an, die sehr schwer zu organisieren sind. Kein Wunder, wenn man die soziale Lage dieser armen Leute näher betrachtet. Alljährlich erscheint nun ein knapper Bericht der Unternehmer und ihrer Organe, welcher auch einen Einblick in die Verhältnisse dieser Arbeiterschaft gestattet.

Wie groß die Zahl der beschäftigten Biegeleiarbeiter in Deutschland ist, ergibt sich aus der Tabelle des Berichts. Versichert waren im Jahre 1911 insgesamt 10 767 Betriebe (10 875 im Jahre 1910) mit 267 000 Arbeiter (268 346). Die Zahl der Betriebe ist also um 108, die der Arbeiter um 347 wieder zurückgegangen.

Die Berufsgenossenschaft hatte an Beitragsverlusten die Summe von 15 000 M. zu beklagen. Der Bericht bemerkt hierzu:

„Es ist dies wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß manche Firmen aus ungesunder Grundlage errichtet werden, die dann unter der Ungunst der Verhältnisse schon von Anfang an mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. So verlor die Genossenschaft allein bei einer einzigen Firma, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einen Betrag von 2882,67 M. Alle Versuche, diese Summe einzuziehen, waren erfolglos.“

Auch die Zahl der bekannt gewordenen Konkurse ist auf 78 gestiegen, gegen 70 im Jahre 1910.“

Wie viele Arbeiter mögen da ihren Lohn verloren haben? Der Bericht weist nach, daß die Summe von 206 943 040 M. an Löhnen nachgewiesen worden sind. Auf den ersten Blick ist dies ja eine sehr hohe Summe. Teilt man aber die große Zahl von 267 000 Arbeiter in diese Summe hinein, so ergibt sich, daß auf den Kopf eines Biegeleiarbeiters pro Jahr nur eine Lohnsumme von 773 M. entfällt. Das sind die Hungerlöhne des Biegeleiarbeiters.

Dabei ist die Unfallgefahr an sich sehr hoch. Im Berichtsjahre wurden 6790 Unfälle gegen 8550 im Vorjahre gemeldet. Nach Wochentagen verteilt, entfallen auf den Sonntag 95 Unfälle, auf den Montag 1291, auf den Dienstag 1074, Mittwoch 1121, Donnerstag 1015, Freitag 1045 und Sonnabend 1066. Bei 102 Fällen ist der Tag nicht zu ermitteln gewesen. Von den Verletzten fanden 1327 im Alter unter 20 Jahren, 2051 im Alter von 20-40 Jahren, 2011 im Alter von 40-60 Jahren, 286 über 60 Jahren und in 65 Fällen wurde das Alter nicht angegeben.

Dem Bericht ist wieder ein Sonderbericht des technischen Aufsichtsamtes beigegeben, welcher erwähnt, daß auch schriftliche Beschwerden der Versicherten eingegangen seien, die geprüft worden wären. „Eingegangene anonyme Beschwerden rührten wohl von unzufriedenen Meistern oder entlassenen Arbeitern her.“ Wie kann ein Meister und Arbeiter da „zufrieden“ sein? Der Bericht selbst gibt uns Material genug. Da heißt es z. B.:

„Während z. B. in den meisten Bezirken die Aufenthaltswörter für die Brenner bei Ringöfen wegen der Erstickungs- und Vergiftungsgefahr mindestens einen Meter vom oberen Rande des Ringofens entfernt liegen sollen, wurden im Aufsichtsbereich der Gewerbeinspektion Lüneburg zwei Betriebe angetroffen, in denen eben gefährliche, dicht verbaute Unterkunftsräume unmittelbar über der Ringmauer des Ofens errichtet waren. Nach Angabe der Unternehmer sind diese Räume auf besondere Anordnung der Gewerbeinspektion erst kürzlich eingerichtet worden.“

Der selbe technische Aufsichtsbeamte hatte im Berichtsjahre Gelegenheit, mit den Dampfheißüberwachungsvereinen in Wladenburg und Altona über Sicherheitsvorrichtungen an Dampfmaschinen zu verhandeln.

Der technische Aufsichtsbeamte des Bezirks I war genötigt, in einem Falle die zuständige Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen, weil in dem Nebenbetrieb einer Ziegelei, in einem Kalksteinbruch, vorschrittswidrige Zustände herrschten und der als Betriebsleiter angestellte Ziegeleimeister sich weigerte, die vorgefundenen Mängel abzustellen.“

Der technische Aufsichtsbeamte des 1. Bezirks war in einer Strafsache wegen fahrlässiger Körperverletzung als Sachverständiger tätig. Es handelte sich um einen Unfall an einer ungeführten Strangpresse mit aufmontiertem Walzwerk. Einem Arbeiter wurde die Hand zwischen den Walzen vollständig abgenommen. Erst nach dem Unfall hatte der Betriebsunternehmer die ungeführten Raschenteile ordnungsmäßig hergerichtet, und doch behauptete er, es sei alles schon bei dem Unfall in bester Ordnung gewesen. Der technische Aufsichtsbeamte hatte jedoch am Tage nach dem Unfall festgestellt, daß nicht eine einzige Schutzvorrichtung an irgendeinem Raschenteil angebracht war. Auf

Grund dieser Tatsachen würden Unternehmer und Ziegeleimeister zu Geldstrafen verurteilt. Wegen der Verträge gegen die Unfallverhütungsvorschriften verhängte auch der Genossenschaftsvorstand gegen den Unternehmer eine Geldstrafe.“

„In zahlreichen größeren Betrieben zeigte sich das ernste Bestreben der Betriebsleitung, durch sachgemäße Schutzvorrichtungen die Unfallgefahr zu vermindern. In Betrieben, in denen nur Akkordmeister beschäftigt wurden, sind derartige Maßnahmen nicht immer gemacht worden.“

„Jugendliche Arbeiter wurden auch im Berichtsjahre mehrfach bei Verletzung der gefährlichen Revolverpressen angetroffen. Da die Verwendung derartiger Personen andauernd schwere Unfälle im Gefolge hat, so wird bei der zu erwartenden Neuaufstellung der Unfallverhütungsvorschriften ein entsprechendes Verbot ins Auge zu fassen sein.“

„In einem Betriebe wurde eine Frau angetroffen, die auf einem Ringofen Brennarbeit verrichtete. In einem anderen Betriebe führte ein 15jähriger Junge die Lokomotive. In anderer Stelle schaukelten Mädchen den Ton in den Kollergang.“

„Andererseits mehrten sich die Klagen der Unternehmer, daß die Arbeiter allen Ermahnungen unzugänglich sind. Wenn die Arbeiter z. B. in den Gräbereien nur auf kurze Zeit ohne Aufsicht gelassen würden, begannen sie alsbald unvorschriftsmäßig zu arbeiten. Einen besonderen Ausschuss für die Gräberei anzustellen, in der manchmal nur 2-3 Arbeiter beschäftigt würden, gestatte aber die Rentabilität des Betriebes nicht.“

„Bei den Nachrevisionen wurde u. a. festgestellt, daß in manchen Betrieben die früher gerügten Mängel nur zum Teil oder auch gar nicht beseitigt waren, obgleich die Unternehmer eine Erledigungsanzeige eingekandt hatten. Durch höhere Strafen wurden die Schamigen vom Genossenschaftsvorstand alsdann zur Erfüllung ihrer Pflichten angehalten.“

„Wenn auch von einigen größeren Betrieben berichtet werden kann, daß sie über Personen verfügen, die im Samariterdienst ausgebildet sind, so ist doch in anderen Betrieben für Vorbereitung der ersten Hilfe noch wenig geschehen. Jeweils feste je nach Verbandmaterial, und mancher Unternehmer und Meister mußte darauf hingewiesen werden, daß einige feine Tücher, in einer Zigarrenkiste aufbewahrt, als ordnungsmäßiges Verbandmaterial nicht angesehen werden können.“

In den 1501 besichtigten Betrieben fehlten allein in 1063 Betrieben die Schutzvorrichtungen — 70 Proz. —, in 578 Betrieben fehlten die Vorschriften, in 272 Betrieben Verbandsgew. ufo.

Die Berufsgenossenschaft ging dazu über, belehrende Vorträge halten zu lassen und berichtet darüber, wie folgt:

„Im Januar des Berichtsjahres unternahm der Geschäftsführer der Genossenschaft und ein technischer Aufsichtsbeamter eine Vortragsreise nach Lippe zur Belehrung von Meistern und Arbeitern auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Dieser Bezirk war deshalb gewählt worden, weil alljährlich im Herbst Tausende von Ziegler und Ziegeleimeistern dort bei ihrer Familie oder in eigener kleiner Häuserlei den Winter verbringen. Für die Zwecke des Vortrages waren ein Projektionsapparat mit Zubehör sowie 100 Diapositive mit Darstellungen aus dem gesamten Gebiete der Unfallverhütungstechnik der Ziegelei-Berufsgenossenschaft beschafft worden. Die Vorträge fanden in den Orten Detmold, Lage, Lemgo, Schölar und Barntrup statt. Um eine recht zahlreiche Beteiligung aller Ziegler zu erreichen, hatte der Vorstand sich mit den großen Zieglervereinigungen im Fürstentum in Verbindung gesetzt, die in ihren Versammlungen und durch die Tagespresse auch auf die Vorträge aufmerksam machten. Die Beteiligung an den Vorträgen hätte reger sein können, immerhin darf ihr Erfolg im ganzen als befriedigend bezeichnet werden.“

Delegationskosten für einen Kassenkongress.

Der Vorstand der Kaufmännischen Krankenkasse „Merkur“ in Breslau hatte zu dem im Jahre 1910 in Warmen Kattgeschunden Kongress des Verbandes kaufmännischer Krankenkassen Deutschlands den Vorsitzenden Karl Theuner als Delegierten entsandt und ihn 128 M. Reisekosten bewilligt. Nach einer polizeilichen Revision der Kasse hatte der Polizeipräsident von Breslau diese Ausgabe beanstandet und dem Kassenvorstand ausgegeben, den Betrag der Kasse wieder zuzuführen. Diese Verfügung löst der Kassenvorstand bei dem Bezirksamt ein, wurde aber abgewiesen. Dagegen legte der Vorstand Berufung ein an das Oberverwaltungsgericht. Dieses entschied, der Polizeipräsident sei zur Verfügung nicht berechtigt gewesen, es hätten nur die Kassenmitglieder das Recht, gegen den Vorstand zu klagen.

Nun erließ der Polizeipräsident eine Verfügung an den Vorstand auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, ob die Mitglieder gegen den Vorstand den Rechtsstreit erheben wollen? Dies hat die am Montag stattgefundene Generalversammlung verständigerweise abgelehnt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen 5 Pfennig einen Monat Gefängnis!

Ein Krüppel, der einen großen Teil seines Lebens wegen Verübung von Diebstählen im Zuchthause zugebracht hat, löste am Hauptbahnhof in Köln ein Willeit für 5 Pf., das zur Fahrt in der 4. Wagenklasse nach Ehrenfeld berechnigte. Statt dessen fuhr er eine 10-Pf.-Strecke nach dem Südbahnhof, um auf dieser beliebigen Strecke im Zuge zu bleiben.

Das Kölner Gericht nahm der Reichsgerichtshof entgegen, daß in dem Jahre des Zehnspfennigtrucks auf Grund des Pfennigbilletts Hoge Betrag und verurteilte den Krüppel zu einem Monat Gefängnis.

Die Rechtsprechung des Reichsgerichts, die uns der Verurteilung der Eisenbahn ohne Willkür oder mit unzureichendem Willkür einen Betrag konstruiert hat, hat mit Recht lebhaften Anfechtung insbesondere durch Professor Hering erfahren. Zum Begriff des Betruges gehört, daß der Beträgende sich einen rechtswidrigen „Vermögensvorteil“ verschafft und dadurch das „Vermögen“ des Betrogenen „geschädigt“ hat. Es ist ohne größtes Versehen gegen die Logik die formalistische Konstruktion unmöglich, daß ein blinder oder halbblinder Passagier sich einen „Vermögensvorteil“ verschaffe oder durch sein Verweilen in einem Abteil oder auf der Plattform oder an anderen Orten, deren Betreten verboten ist, das „Vermögen“ des Fiskus schädige. Indes ist es verständlich, wenn ein Gericht, nachdem das Reichsgericht mit der hohen Behörde einig ist, ein Urteil an seiner irrigen Rechtsauffassung festgehalten hat, sich der falschen Jurisprudenz unterwirft. Dann lag aber in dem Kölner Fall alle Veranlassung vor, über das geringste Strafmaß von 8 M. oder einen Tag Gefängnis nicht hinauszugehen. Indes der Verurteilte war ja nur — ein Krüppel.

Quaralstricker.

Die Ehrenstatue eines „Quaralstrickers“ lag einer Anklage wegen versuchten Mordes zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte.

Aus der Untersuchungshaft wurde der seit Dezember d. J. in Haft befindliche Verurteilte Robert Tamsel aus Charlottenburg vorgeführt. Der Angeklagte wurde das Nordverurteilt, begangen an seiner eigenen Ehefrau, beschnitten.

Der Angeklagte, welcher seit 16 Jahren verheiratet und Vater zweier Kinder ist, lebte mit seiner Ehefrau, wie diese auch selbst angab, friedlich in Frieden und Eintracht. Sobald er jedoch etwas getrunken hatte, gab es in der Familie Streit und Hader. Während der Angeklagte sonst ein ruhiger und nüchtern Mann ist, bekam er etwa alle Vierteljahre eine Art Anfall, in welchem er große Mengen Alkohol in jeder Form vertilgte und mehrere Tage aus dem Bause überhaupt nicht mehr herauskam. In diesem Buse

Hande wurde er sogar schon einmal von einem Lohschlittenfall befallen, welcher seine Ueberführung in die Maison de Santé notwendig machte. Ende Dezember d. J. wurde L. wieder einmal von dieser periodisch auftretenden Trunksucht befallen. Nachdem er seinen ganzen Arbeitsverdienst in Bier und Schnaps umgesetzt hatte, versetzte er alle möglichen Sachen, um den Erlös vertrinken zu können. Als ihm am 28. Dezember von seiner Frau Vorhaltungen über sein Leben gemacht wurden, demolirte er verschiedene Möbelstücke und zerstückte auch die brennende Küchenlampe auf dem Tisch. Er blieb dann den ganzen Tag wog und trieb sich in den Aneipen umher. Am Abend ersahen er vor seiner Wohnung und gab, als seine Ehefrau öffnete, ohne ein Wort zu sagen, auf diese einen Revolverknall ab. Die Frau war voller Schrecken die Tür zu und flüchtete voller Angst mit ihrer jüngsten Tochter durch das Hofpforten in ein im Vorderhause gelegenes Geschäft. Hier erst bemerkte sie, daß sie an der rechten Seite einen leichten Streifschuß erhalten hatte.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er sich auf die Einzelheiten der Tat absolut nicht bestimmen könne; er habe zu jener Zeit sehr stark getrunken und offenbar in einem Zustande der Bewußtseinsstörung gehandelt. — Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach gefährlicher Körperverletzung unter Zustimmung mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Namensfälschung?

Doppelte Namensführung beliebt der Barbier Albert Ledwosch, welcher sich gestern unter der Anklage der intellektuellen Urkundenfälschung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte.

Der Angeklagte ist schon mehrfach wegen des gleichen Vergehens bestraft und zwar hat er sich in allen diesen Fällen stets den Namen „Joseph Baier“ zugelegt. Diese doppelte Namensführung ging sogar soweit, daß er sich ohne jeden ersichtlichen Grund bei der Ausübung seines Berufes den Namen „Baier“ zugelegt, während er in seiner Wohnung unter dem richtigen Namen angemeldet war. Als er am 19. April d. J. wegen Verübung groben Unfugs festgenommen wurde, nannte er sich ebenfalls „Baier“ und wurde, da ein Mann dieses Namens an der angegebenen Adresse nicht bekannt war, als wohnungslos in Haft gehalten und dem Stadtwohlfahrtsgewandnis zugeführt. Da er sich hier unter dem falschen Namen in das Gefangeneregister eintragen ließ, machte er sich nach der herrschenden Jurisprudenz der intellektuellen Urkundenfälschung schuldig. Der Angeklagte ging bei dieser falschen Namensführung sogar so weit, daß er seine eigene Schwester, die aus Gleiwitz kommen mußte, um ihn zu rekonstruieren, verleugnete und behauptete, „die Dame“ überhaupt nicht zu kennen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf seine Vorstrafen auf diesem Gebiete zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Annahme, in solchem Falle liege intellektuelle Urkundenfälschung vor, entspricht zwar der herrschenden Jurisprudenz, ist jedoch außerordentlich bedenklich. Was kann der Angeklagte dafür, daß die Behörde bei Eintragungen ins Gefangeneregister sich auf Eintragungen des Beschuldigten verläßt? Ein Beschuldiger ist nicht verpflichtet, irgendwelche Angaben zu machen. Ebensovienig kann er für verbunden erachtet werden, irgend etwas ihm Belastendes oder die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit zu ermitteln ist Aufgabe der Behörden. Unverkennbar mit diesen Grundbegriffen erscheint die Konstruktion einer „intellektuellen Urkundenfälschung“ in einem Falle wie dem vorliegenden. Sine qua non, daß der Angeklagte zu der Doppelnamensführung, die jeglicher Gründe zu entbehren scheint, auf Grund einer Zwangsvorstellung gekommen zu sein scheint, für die er nicht verantwortlich ist. Sechs Monate Gefängnis für eine Handlung, die schlimmstenfalls lediglich der Bureaukratie etwas Schwierigkeiten bereitet hat, erscheint unter allen Umständen als eine immens hohe Strafe.

Hus aller Welt.

Ozeanland im 20. Jahrhundert.

Eine kaum glaubliche und doch auf Tatsachen beruhende Geschichte wird unserem Erfurter Parteiblatt, der „Tribüne“, aus dem etwa 1 1/2 Wegstunden von der Großstadt Erfurt gelegenen Dorfe A. berichtet. Dort lag das Enkelkind eines angesehenen Einwohners schwer krank danieder. Aus Erfurt werden zwei Ärzte, aus einem Dorfe unweit A. noch ein dritter Arzt hinzugezogen; sie konnten den Angehörigen keine Hoffnung mehr machen. Aber die Eltern hofften noch, sie holten eine „weiße Frau“ aus einem anderen Dorfe, die erkannte die Krankheit bald; das Kind ist verhezt, berichtete sie, und die Hege befindet sich im Hause. Durch diese dann noch von einem „Wunderdoktor“ bestätigte „Diagnose“ kam eine alte 71jährige Frau, die in dem Dorfe des erkrankten Kindes als Pflegerin tätig war, in den Verdacht, eine Hege zu sein und hatte schwer darunter zu leiden, trotzdem der Pfarrer von der Kanzel gegen den Aberglauben predigte und der Lehrer in der Schule die Kinder aufzuklären suchte. Umsonst, zumal das Kind in der Montagnacht starb.

So geschehen im 20. Jahrhundert in einem gut preussischen Dorfe, in dem bei der letzten Wahl 125 konserverative, 25 nationalliberale, aber nur 30 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden und Sozialdemokraten in dem Dorfe nie eine Versammlung abhalten können.

Abermals Grubenkatastrophen!

Aus Pittsburg (Pennsylvanien) lief die Meldung ein, daß infolge einer Explosion in einem Kohlenbergwerk bei Roundsville 100 Arbeiter umgekommen seien. Glücklicherweise scheinen die ersten Stöße doch nicht übertrieben gewesen zu sein, denn nach einer späteren Meldung soll sich die Zahl der Getöteten „nur“ auf acht belaufen! Zwei weitere Bergleute trugen schwere Brandwunden davon.

Eine weitere Grubenkatastrophe wird aus Rancagua in Chile gemeldet. In dem dortigen Kupferbergwerk ereignete sich eine heftige Explosion (angeblich infolge vorschriftswidriger Verwendung von Dynamit) durch die 38 Arbeiter sofort getötet wurden.

Neuer aviatischer Schnelligkeitsrekord.

Alle bestehenden Schnelligkeitsrekorde mit Passagier wurden am Mittwoch in Reims von dem „Aviatiker“ André Frey geschlagen. Frey war auf dem dortigen Flugfeld mit einem Passagier auf einem Henriot-Eindecker mit einem 80pferdigen Gnommotor aufgestiegen. Die Stiege von 10 Kilometer legte der Flieger in vier Minuten und 30 Sekunden zurück. Eine schöne Leistung vollbrachte Frey bei einem Fluge über eine Strecke von 150 Kilometer, die er in einer Stunde und sieben Minuten zurücklegte, d. h. 135 Kilometer in einer Stunde.

Im Aeroplan von Sebastopol nach Petersburg.

Am Mittwochabend ist auf dem Petersburger Flugfeld der Militärflieger Leutnant Andrei auf seinem Reoport-Apparat eingetroffen, mit dem er am 15. Juni in Sebastopol für einen Flug nach Petersburg aufgestiegen war. Andrei hatte in Odesa zur Ausbesserung der an seinem Apparat durch die Witterungsverhältnisse verursachten längeren Aufenthalt nehmen müssen und war am 28. Juni von Odesa über Moskau nach Petersburg weitergefliegen. Er hat insgesamt 2500 Werst (3500 Kilometer) zurückgelegt. Der Apparat befindet sich in ausgezeichnetem Zustande.

Kleine Notizen.

Schwere Kesselexplosion. Infolge einer Kesselexplosion brach in der Nacht zum Donnerstag in dem Hildebrandtschen Röhlenwerke in Magdeburg Großfeuer aus. Das Fabrikgebäude wurde völlig zerstört; sechs Arbeiter wurden schwer verletzt, vier werden vermisst. Sie sind vermutlich umgekommen. Die übrigen elf in der Mühle beschäftigten Arbeiter sind unversehrt oder haben geringe Verletzungen davongetragen.

Ein unheimlicher Fund. In München wurde im Verlaufe der Nacht eines etwa 8 bis 9 Jahre alten Mädchens aufgefunden, das verstorben in einem Gebüsch lag. Die Polizei vermutet, daß es sich um die 14jährige Tagelöhnerin Hoffmann handelt, die seit circa 4 Jahren spurlos verschwunden ist. Der zum Tode verurteilte Luftmörder Spedner wurde feinerzeit auch mit dem Verschwinden der kleinen Hoffmann in Verbindung gebracht.

Angestärkte Touristen. Eine aus zehn Personen bestehende Touristengesellschaft unter Führung eines Remberger Universitätsprofessors hatte einen Ausflug auf die Hohe Tatra unternommen. Eines der Mitglieder, die Frau eines Krakauer Kaufmanns, stürzte ab und war sofort tot.

Genickstarre in Frankreich. In dem Dorfe Beaurepaire (Departement Chalons sur Saone) ist eine Genickstarre-Epidemie ausgebrochen. Die ersten Krankheitsfälle ereigneten sich in der Familie des Bürgermeisters, in der drei Mädchen und ein Knabe von der Seuche befallen wurden. Zwei der Kinder sind bereits gestorben.

Die amerikanische Eiheweile. Die abnorme Eihe hält im Osten der Vereinigten Staaten an und fordert täglich neue Opfer. In New York sind am Mittwoch weitere 6 Personen an Eihschlägen verstorben. In Chicago sind bisher 42 und in Philadelphia 38 Personen der tropischen Temperatur zum Opfer gefallen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrt am Sonntag, den 14. Juli: I. Wanderfahrt nach Bredenwerder — Sennequelle — Bredenwerder — Schmalenbagen — Reimliche — Drantenburg. Abfahrt: 6.45 Uhr früh Steintor Vorortbahnhof. II. Spreemalbahrt. Die Teilnehmerliste ist geschlossen. Nächste Spreemalbahrt: 15. September.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 14. Juli: Wanderung von Bernau nach dem Liepnitzsee, Ostsee, Mühlsee. Abfahrt nach Bernau früh 6.00 Uhr vom Steintor Bahnhof.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 41. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine parlamentarische Improvisation. Von G. Ledebour. — Resolutionen und Resolutionen. Von Anton Bonnet. — Zur Frage der Goldproduktion und Teuerung. Von Spedator. — Kochmal Italiens Wehrkraft. Von Hugo Schulz. — Die Kleinbauern leben! Von Ernst André. — Literarische Rundschau: Josef Straffer, Der Arbeiter und die Nation. Georg Scherich, Im Lande des Regus. Max Dehler, Geschichte des deutschen Rittertums. Dr. v. Ull. Die Verhältnisse der Latarenbauern im Kreise Simferopol. — Notizen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 15. Nummer des 29. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag H. G. B. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 21 des 22. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Frauenwerberarbeit im Deutschen Reich. II. — Von der deutschen Kolonialpolitik. I. Von H. B. — Die Frauenstimmrechtfrage in Schweden. Von Alexandra Kolontaj. — Von der Hirscheimer Schmelzindustrie. Von H. Goldt. — Das Bürgerrecht der Frau in der Gemeinde vor dem preussischen Abgeordnetentag. — Die erste Generalversammlung des Zentralverbandes der Arbeiterinnen. — Der neunte Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von H. Goldt. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 1.20 M. Deutsche Lehrerverammlung 1912. Der Bericht über die deutsche Lehrerverammlung 1912 erscheint Mitte August in Verlage von Julius Klinkhardt-Leipzig und ist zum Preise von 1.50 M. durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Der Arbeiter und die Nation. Von J. Straffer. 40 Heller. Druck- und Verlagsanstalt „Zukunft“, Rungt u. Co., Reichenberg.

Unserem alten Vorigenossen
August Goyer
zum 70. Geburtstag die
besten Glückwünsche.
Die Genossen des
des 247. Bezirks.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am 7. Juli verstarb unser Genosse, der Schmied

Georg Sims
Schwedenerstr. 18 (Bezirk 83a).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 13. Juli, nachmittags
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des neuen Pauls-Kirchhofes in Pflügen-
see (Seeferge) aus statt.
Um rege Beteiligung erbitte
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schleur

Wihl. Lücke
am 8. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Johann-Kirchhofes in Pflügen-
see, Haldenberger Chaussee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
1907/14 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilszahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

So so, also Sie
waren es, die mir
Dr. Gentner's
Veilchenseifenpulver
„Goldperle“
empfohlen hat. Herzlichen
Dank! Kaufe nur noch diese
Marke, denn die den Pa-
keten beiliegenden Geschenke
sind nur praktische, reizende und
brauchbare Gegenstände
Alleiniger Fabrikant auch
der so beliebten Schubercreme
„Nigrin“:
Carl Dautler in Göttingen (Würtbg.)
Vertretung für Groß-Berlin: 100/12
Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 216. Tel. Neukölln 9280.

**Würden
die Frauen wohl
so energisch „Kornfrack“
verlangen, wenn sie sich nicht über-
zeugt hätten, daß er ihnen
wirklich mehr
bietet?**

Es gibt nur einen „Kornfrack“!
Den echten „Kornfrack“ gibt es nur in den grünen Paketen.

A. Wertheim

Versand-Abteilung
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132/37

Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden
Firmen Keinerlei Beziehung

G. M. B. H.

Leipzigerstr. 126-30
132-37

Königstr. 31/32
am Bahnhof Alexanderplatz

Rosenthalerstr. 27/31

Oranienstr. 52/55

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Soweit vorhanden.

* Zusendung ausgeschlossen.

* Frisches Fleisch

- Schmorfleisch Pfd. 1.00
- Brust und Fehlrippe . . . Pfd. 85 Pf.
- Rinderkamm Pfd. 75 Pf.
- Schweineschinken im ganz. Pfd. 80 Pf.
- Schulterblatt ca. 4 Pfund schwer, Pfd. 75 Pf.
- Schweinebauch und Liesen Pfd. 70 Pf.
- Rückenfett Pfd. 65, Kleinfleisch 30 Pf.
- Kalbskeule u. Nierenbraten i. ganz. Pfd. 95 Pf.
- Kalbsbrust Pfd. 70, Spitze Pfd. 85 Pf.
- Kalbskamm u. Bug Pfd. 70, geteilt 75 Pf.
- Hammelkeule u. Rücken i. ganz. Pfd. 90 Pf.
- Pöckelzunge Pfd. 1.25

Rehwild zu billigsten Preisen!

Fleischwaren

- Harte Zervelatwurst in Fett- 1.60
- Zervelatwurst in Rindsdarm Pfd. 1.30
- Salamiwurst Pfd. 1.30
- Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfd. 1.00
- *Weiche Mettwurst . . . Pfd. 1.05
- *Teewurst Pfd. 1.10
- Westfäl. Knochenschinken Pfd. 1.50
- Rollschinken ca. 7-9 Pfund schwer Pfd. 1.30
- Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfund schwer Pfd. 1.25
- Schinkenspeck in Stücken von 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.15
- Delikatess-Würstchen 6 Paar 12 Paar 90 Pf. 1.80

Ständiger Verkauf:

- Olympia - Mais - Puder 1/2 Ko. 20, 1/2 Ko. 38, 1/2 Ko. 70 Pf.
- Mandel- mit Rosinen-Pudding gefärbt Paket 25 Pf.

Speisen-Fabrikate

- pudding- u. Gries-Puddingpulver mit verschiedenem Geschmack 5 Pakete 24 Pf.
- Rote Grütze-Pulver mit versch. Geschmack, 5 Pak. 27 Pf.
- Creme-Pulver mit versch. Geschmack, 2 Pak. 24 Pf.
- Eispulver mit verschiedenem Geschmack, 2 Pakete 27 Pf.
- Kunst-Geleepulver mit versch. Geschmack, 2 Pakete 35 Pf.
- Saucen - Pulver mit Vanille-Geschmack, 5 kleine Pakete 24 Pf., 1/2 Ko. Paket 20 Pf.
- Vanillin-Zucker 5 Kl. 24, 1/2 Ko. Paket 35 Pf.

* Fische

- Schellfische Pfund 12 Pf.
- Seelachs ohne Kopf in ganz. Fischen Pfd. 12 Pf.
- Goldbarsch Pfd. 12 Pf.
- Limandeszungen Pfd. 25 Pf.
- Makrelen Stück 8 Pf.
- Tafellachs in ganzen Fischen . . . Pfd. 42 Pf.
- Frische Schleie Pfd. 42 Pf.
- Lebende Aale Pfd. 65, 95 Pf., 1.25, 1.35
- Lebende Schleie Pfd. 78 Pf.
- Lebende Karpfen Pfd. 75 Pf.
- Krebse Mandel 35 Pf. bis 2.50
- Edel-Krebse Mandel 1.15 bis 4.00
- Solo-Krebse Stück 30 u. 40 Pf.

Wein inkl. Flasche

- Borsdorfer Apfelwein 1/2 Fl. 34 Pf.
- 1910 Westhofener 1/2 Fl. 68 Pf.
- 1910 Obermoseler 1/2 Fl. 75 Pf.
- 1910 Wellensteiner 1/2 Fl. 85 Pf.
- 1909 Conzer 1/2 Fl. 95 Pf.
- 1909 Uerziger 1/2 Fl. 1.05
- 1909 Saint Mathieu rot 1/2 Fl. 66 Pf.
- 1909 Saint Juan rot 1/2 Fl. 72 Pf.
- 1909 Almando rot 1/2 Fl. 82 Pf.

Fruchtsäfte

- mit Raffinade eingekocht
- Himbeersaft 1/2 Fl. 95 Pf. 1.30
- Kirschsafft 1/2 Fl. 95 Pf. 1.30
- Johannisbeersaft 1/2 Fl. 95 Pf.
- Erdbeersaft 1/2 Fl. 1.20
- Ananassaft 1/2 Fl. 1.30
- Zitronensaft mit Zucker, 1/2 Fl. 95 Pf.
- Zitronenmost mit Zucker, 1/2 Fl. 1.10
- Olympia-Silber | Obst | 1/2 Fl. 1.45
- Olympia-Gold | Schaumwein | 1/2 Fl. 1.80

Butter und Käse

- Koch- u. Backbutter Pfd. 1.18
- Tischbutter Pfd. 1.24
- Molkereibutter 1.28 Stück 64 Pf.
- Steinbuscher Käse Pfd. 92 Pf.
- Allgäuer Rahmkäse Pfd. 68 Pf.
- Camembert-Käse Stück 23 Pf.
- Brie-Käse Pfd. 65 Pf.
- Holländer Käse . Pfd. 90 Pf.
- Limburger Käse . Pfd. 55 Pf.
- Romatour-Käse Stück 28 Pf.
- Tilsiter Käse Pfd. 68 Pf.
- Schweizer Käse . Pfd. 90 Pf.
- Emmentaler Käse Pfd. 1.15
- Kuh- u. Landkäse Stück 35 Pf.
- Faust- u. Spitzkäse Stück 25 Pf.
- Speise-Quark Stück 10 Pf.
- Bratenschmalz Pfd. 65 Pf.
- Marmelade garantiert rein, etwas nachgefärbt Pfd. 33 Pf.

* Obst und * Gemüse

- Franz. Weintrauben Pfd. 38 Pf.
- Johannisbeeren Pfd. 28 Pf.
- Blaubeeren Pfd. 35 Pf.
- Zitronen Dtz. 30, 40, 50 Pf.
- Tomaten Pfd. 11 Pf.
- Salat 5 Köpfe 10 Pf.
- Gurken Stück 8, 10, 12 Pf.
- Schoten Pfd. 10 Pf.
- Wirsingkohl 2 Köpfe 15 Pf.
- Rotkohl 2 Köpfe 15 Pf.
- Radisheschen 6 Bund 10 Pf.
- Weisskohl 2 Köpfe 15 Pf.

* Räucherwaren

- Nordsee-Fludern Pfd. 60 Pf.
- Ahlbecker Fludern 30, 40 Pf.
- Aale . Pfd. 1.05, Bund 38 Pf.
- Engl. Bücklinge 8 Stück 25 Pf.
- Forellenstör Pfd. 60 Pf.
- Matjes-Heringe 8 Stück 25 Pf.
- Sardellen Pfd. 75, 90 Pf.
- Neue saure Gurken 2 Stück 15 Pf.

Ständiger Verkauf: Mineralwasser

- Harzer Sauerbrunnen 20 Fl. 2.00
- Tafelwasser 20 Fl. 1.80
- Tafelgetränk von Prof. Dr. F. Esamaroh 10 Fl. 2.00
- Köhler-Sekt 20 Fl. 2.75
- Bilzbrause, Fürstenbrunnen, Apollinaris, Biliner Sauerbrunnen, Königl. Fachingen, Giesshübler, Sämtl. natürl. Mineralbrunnen,

* Geflügel

- Jge. Gänse Pfd. 63, 70, 80 Pf.
- Gänse-Rümpfe 2.65 bis 3.90
- Suppenhühner 1.35 bis 2.50
- Brathühner 45 Pf. bis 1.50
- Grosse junge Hähne 1.65 bis 2.15
- Junge Enten 1.70 bis 2.75
- Junge Tauben 45, 60, 70 Pf.

In dieser Woche:

Grosser Saison-Verkauf

Besonders billige Preise

2. Ziehung 1. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 11. Juli 1913 vormittags.

Auf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

- Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
- 85 126 290 988 472 890 1875 2218 327 95 437
831 3093 64 1001 131 100 39 2001 488 889 893
4238 417 87 98 609 59 1000 760 849 914 5157 330
87 873 738 034 8056 292 820 868 982 7331 878 1000
908 8427 35 768 83 884 9234 617 702 40
10111 61 83 321 73 312 84 949 73 11027 155 873
848 999 95 12090 811 30 51 430 80 61 70 591 13147
487 80 688 24151 84 381 411 874 804 89 25669 100
880 26030 293 355 67 454 882 27003 104 44 282 383
28240 354 504 29085 618 805 998
30188 431 57 67 590 695 742 61 838 2001 31427
683 32394 499 699 988 33217 1001 309 491 993
34100 207 1001 404 558 1000 80 64 695 910 1000
35067 207 488 536 836 60 981 36017 36 211 366 430
59 839 37057 84 105 29 308 466 567 791 820 38118
841 44 88 732 835 39467 617 91 783 917
40149 97 1001 374 41099 297 99 885 877 762
42179 84 333 451 1001 692 731 53 62 43178 270 79
1001 432 1001 608 662 718 855 79 44041 249 318
410 683 815 735 48 854 71 955 45140 99 718 876 80
937 40 48299 382 737 871 47153 90 312 81 448 447
600 32 48012 841 436 898 49261 609 922 71 79
50190 454 73 517 89 51091 142 313 35 325 29
71 423 732 52082 83 1001 99 457 547 677 53298 441
874 681 54278 395 458 883 908 55031 86 148 452
750 941 56049 337 426 47 739 57064 133 875 76
448 540 682 58155 203 414 59 79 92 590 874 59085
417 597 640 82 980
60390 290 547 612 741 808 30 4000 70 61309 611
721 851 62099 240 738 828 63029 407 581 604 769
841 901 10001 64114 50 302 36 458 62 836 996 65032
178 219 456 66104 11 443 732 870 1001 67045 322
67 978 68168 583 593 716 68996
70223 168 72 207 547 820 918 71108 3001 269
821 52 401 917 43 71 72155 487 853 950 73105 386
605 86 74063 319 874 978 75239 325 678 86 707 1001
864 76014 150 301 77056 316 47 538 95 630 798 070
78243 1001 382 96 482 87 514 844 843 79073 134
278 395 441 75 801
80651 809 81124 502 12 861 82033 87 325 446
88 807 692 94 99 83635 77 84456 686 934 85126 787
85408 614 99 72 87040 290 447 503 85 85002 307
623 51 747 828 632 88242 637 805 25 44
88064 837 982 81247 891 430 849 921 82 92128
884 405 794 901 83271 562 893 880 990 94083 230 496

- 503 910 93 95108 82 201 28 842 423 90 551 2001 627
779 93 828 98062 279 387 711 1001 823 987 98085
305 393 632 89 795 873 98244 333 413 702 827 84 90
100051 216 32 51 326 828 725 101032 187 419
1001 582 870 78 102028 108 86 327 493 762 103031
81 335 645 81 706 809 952 94 104155 240 811 847 738
86 983 105262 432 36 83 894 794 802 968 82 106164
299 308 402 723 29 890 924 85 107430 531 84 649
57 714 108415 801 712 967 108240 556 629 715 64
941 1001 78
110192 222 90 551 90 550 894 864 910 83 1001
111038 100 85 261 355 622 749 825 30 112039 50
336 404 90 685 880 934 13032 82 180 813 87 434
114205 1001 438 883 115035 67 90 132 91 248 822
996 116197 483 561 83 117171 316 19 61 861 623
761 79 839 966 118002 735 65 922 65 118015 67
259 748 923
120332 636 781 833 121402 838 662 1001 87
122346 663 64 705 123259 88 348 765 124179
824 87 728 870 3001 953 125144 366 411 63 85 514
880 599 126118 200 127034 182 455 586 638 700
937 128040 243 80 961 129227 699 952 84
130234 94 526 80 550 71 990 131385 91 484
529 79 855 85 132032 356 490 640 133091 190 208
402 16 97 820 884 922 134001 242 45 332 687 858
135261 630 73 770 82 1001 980 136131 76 339 465
137023 192 226 90 843 929 138010 27 73 119 332
35 616 26 88 697 740 47 901 139324 469 77 655 749
2001 872
140449 872 141149 858 81 142112 33 495 618
64 785 975 143078 165 231 80 447 81 738 144033
105 293 366 450 578 970 145134 43 393 607 757 1001
72 827 146998 147083 190 31 816 821 148034 64
203 729 994 149004 70 217 316 814 847 1001 998
150048 137 1001 321 470 93 808 78 2001 842
151071 345 432 83 554 629 718 64 888 78 2001 842
84 422 665 153180 354 433 683 787 94 838 154035
214 438 628 71 606 81 856 949 60 85 155184 203 79
97 307 520 63 673 781 1001 982 156074 426 818 65
726 94 833 48 88 903 157006 154 299 303 158067
1001 720 818 159113 94 390 402 69
160120 229 440 49 669 87 161000 137 73 854
400 524 609 49 740 98 931 162013 227 1001 350 599
900 43 163027 45 84 113 377 97 688 94 712 72 878
925 164028 204 37 482 704 165093 292 442 2001
73 2001 601 802 918 26 166011 70 252 747 86 848
167143 245 313 1001 59 81 168011 619 24 168040
41 87 74 1001 182 1001 316 479 929 85 74 1001
169495 634 663 888
170223 390 464 774 932 171781 940 45 172098
444 626 768 848 173177 311 65 468 516 75 90 174054
136 537 992 175140 302 33 490 640 92 1001 623
31 176411 41 686 728 975 177191 208 303 494 778
924 13001 178050 423 738 63 846 50 936 97 178070
355 414 892
180229 365 444 960 181018 406 5 63 889 182063
145 227 63 409 1001 84 712 84 828 934 183274 504
99 857 67 184044 163 7 28 302 434 76 597 96 732
805 85 96 910 51 80 91 185478 654 56 794 186830
79 187347 403 1001 580 85 661 762 927 84 188231
576 189071 118 79 306 74 906 51 86 693 897 1001 951

2. Ziehung 1. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 11. Juli 1913 nachmittags.

- 20 68 120 58 77 1001 216 387 844 94 785 1001
802 964 1219 378 1001 673 788 2232 33 605 84
605 33 838 946 3015 119 379 570 715 68 834 39
4002 30 195 283 857 840 5676 8046 165 872 610 73
80 804 61 2001 83 7125 74 462 689 8340 68 881 722
650 977 8491 645 74 970
10116 283 794 11000 133 95 1001 332 80 472
84 699 704 35 47 819 912 12058 86 214 385 938
13125 841 14007 322 1001 450 867 915 15244 1001
87 818 43 98 783 89 16452 781 915 17013 1001 68
113 85 67 248 574 84 647 18018 444 84 92 93 696
827 914 40 2001 19010 12 53 133 266 87 978
20031 1001 41 438 589 689 21085 128 1001 78
79 343 70 874 893 811 19 20 65 22028 114 678 851
68 3001 23194 216 71 3001 72 399 453 664 24079
314 68 845 702 25059 137 202 617 99 709 970
26370 71 3001 877 781 27235 41 306 416 874 636
753 65 857 28072 673 851 29037 306 467 980
30558 619 994 31067 277 91 417 14001 615 82
745 32591 92 742 82 895 801 33073 750 34082 121
62 328 705 803 35109 45 348 886 36005 237 1001
59 611 19 38 774 1001 37044 209 459 671 961
38024 337 447 52 39068 230 355 624 78
40133 63 63 438 91 613 819 909 41 41238 333
657 941 43 5001 42215 33 718 43024 64 108 211
53 553 601 815 60 969 44098 672 700 10 922 45024
27 306 27 82 92 788 92 688 988 46115 398 416 84
1001 513 692 778 972 47028 39 179 448 58 598 670
880 968 48547 913 1001 791 870 49030 36 279 445
608 18 963
59133 71 366 78 439 822 706 885 51533 658
879 52051 112 60 235 442 603 645 794 1001 79 875
53104 683 921 23 54082 612 765 859 1001 55255
787 1001 97 56174 434 776 57175 268 384 507 1001
840 994 58020 168 334 49 658 858 63 934 71 88
59195 537 42 88 892 919
60150 81 85 413 38 619 921 61322 713 940 70
62141 347 402 714 912 19 63164 231-86 883 86 719
84 94 904 64361 409 41 69 716 814 63 952 1001
65007 280 743 45 808 68286 451 564 77 778 639
67315 905 68038 234 389 406 906 96 954 69045
155 72 692 719 35
70082 1001 266 46 83 333 83 99 420 581 826
71007 829 925 72697 75 85 866 980 73082 209 18
74264 919 75315 681 78213 864 847 77254 332
48 430 608 853 945 78066 222 419 528 63 89 975
78032 59 366 437 2001 609 603 10 915
80250 495 846 54 602 89 812 81668 662 82071
100 19 269 808 917 79 83008 40 84 174 427 713
84124 470 891 600 94 909 85294 739 820 80077
373 462 812 87106 99 263 99 346 440 610 921 88229
60 519 888 89099 151 239 1001 83 399
90396 836 646 718 1001 883 91465 730 802
92078 312 43 86 86 401 839 41 622 786 918 93106
501 15 513 732 94162 355 728 95000 237 86 385
785 98148 88 417 76 642 1001 637 920 86 97010
17 214 20 316 24 84 856 900 8 98032 166 848 71 78
618 88 772 84 98285 930

- 199010 191 273 452 623 29 908 191082 118 267
384 554 749 858 102120 200 4 581 1001 820 82 834
909 72 95 103244 93 893 1001 73

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Reinickendorf-Schönholz. Der gelbe Arbeiterverein der A. S.-Fabriken Brunnenstraße, feiert am Sonnabend, den 18. Juli, ein Sommerfest im „Schloß Schönholz“.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 14. Juli feiert der Bezirkswahlverein in Meyers Feststätten (Hartmanns Brauerei), Schwanenbergr. 101/104, sein Sommerfest.

Wilmerdorf-Halensee. Der Sozialdemokratische Wahlverein hält Sonnabend, den 13. Juli, im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, sein Sommerfest ab.

Groß-Schönebeck-Perpenzhausen (Bezirk Lichtenberg). Die im Monat Juni wegen unangünstiger Witterung vertagte öffentliche Wollversammlung findet Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 8 Uhr, auf dem Grundstück des Herrn Oscar Stein (Berlin-Prenzlauer Chauffee) statt.

Alt-Mienick. Sonnabend, den 18. Juli, findet für den Bezirk Ortsteil Haltenberg zahlend beim Genossen Schäfer am Wasserturm statt.

Lichtenrade. Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Wirtshaus Lichtenrade am Bahnhof.

Niederlehme. Sonnabend, den 18. Juli: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes.

Storkow. Der Wahlverein Storkow feiert am Sonntag den 14. Juli bei Helling in Kammersdorf sein Sommerfest.

Berliner Nachrichten.

Der Darlehnschwindel

steht gegenwärtig wieder in höchster Blüte. Die Ferienzeit und die damit verbundene Reisezeit dient den Geldvermittlern als Aushängeschild, weshalb in den Inseraten und Prospekten in allen Variationen das Hohe Lied von der Nervenaufregung in Wald- und Seebadorten und auf dem Lande gesungen wird.

Veelich.

Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin sendet uns folgendes Schreiben:

Die heutige Nummer des „Vorwärts“ bringt einen Artikel über die vom Vorstande erlassenen Bestimmungen betreffend die Zulassung von Besuchern in den Heilstätten Veelich.

1. Die fraglichen Bestimmungen sind vom Gesamtvorstande, d. h. von den Beamten, den Vertretern der Arbeitgeber und den Vertretern der Arbeiter gemeinschaftlich beschlossen worden.

2. Die Bestimmungen sind nicht lediglich veranlaßt worden durch gewisse unliebsame Vorkommnisse, sondern haben allgemein den Zweck, die Zahl der Besucher einzuschränken. Der „Vorwärts“ selbst gibt von den bisherigen Zuständen eine durchaus richtige Darstellung, indem er zugibt: Die Angehörigen der Patienten können bisher bereits am Vormittag nach Veelich, um sich auch selbst in den herrlichen Anlagen der Anstalt zu ergehen.

3. Jede Härte ist dadurch vollkommen ausgeschlossen, daß die ärztlichen Direktoren ermächtigt sind, Ausnahmen zuzulassen. Wir ersuchen ergebenst, die vorstehenden Ausführungen in Ihrem Blatt zu veröffentlichen.

Zu den Darlegungen des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt haben wir folgendes zu bemerken: Die Begründung, die im Vorstehenden für die Maßnahme gegeben

wird, ist wenig haltbar und sehr gesucht. Es sind dieser Tage 10 Jahre her, daß die zweite Hälfte der Veelicher Heilstätten eröffnet worden ist. Und in diesen langen Jahren ist der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt noch nicht auf den Gedanken gekommen, die Heilstätten von Besuchern zu reinigen durch einschränkende Bestimmungen.

Die Zellerhaus-Kurende. Das Zellerhaus, Rettungsbüro für Trinkerinder, hat schon recht oft von sich reden gemacht. Der stark reklamehafte Zug seines Geschäftsbetriebes wollte nicht passen zu dem, was man von einer rein idealen Liebesarbeit an Kindern zu verlangen hat.

Zu unserer Mitteilung (in Nr. 153), daß in Neußlin in der 10. Gemeindefschule (Kaiser-Friedrich-Straße) der Rektor Schnell die Kinder einer ersten und einer zweiten Klasse zu übertragen für die „Nationalflugspende“ aufgefordert hat, erfahren wir nachträglich, daß auch in einer zu dieser Schule gehörenden vierten Klasse (die wegen Raummangels in der Veltiner Straße untergebracht ist) unter den Kindern solche Beiträge gesammelt worden sind.

Arbeitergroßen für den Luftkittentrumpf?

Da die Kinder einer vierten Klasse meist dem zehnten oder elften Lebensjahre angehören, so kann man sich denken, welches Verständnis diese Kleinen für die Belehrungen gehabt haben werden, mit denen die Lehrerin ihnen den Zweck der Sammelaktion zu machen suchte.

Die Kinder einer vierten Klasse meist dem zehnten oder elften Lebensjahre angehören, so kann man sich denken, welches Verständnis diese Kleinen für die Belehrungen gehabt haben werden, mit denen die Lehrerin ihnen den Zweck der Sammelaktion zu machen suchte.

Es ist dringend zu wünschen, daß in den Schulen solchen Geldsammeleien durch ein grundsätzliches Verbot ein Riegel vorgeschoben wird. Wo die Schulbehörden sich nicht dazu entschließen wollen, da sollten die Eltern einmütig sich zur Wehr setzen und einmütig jeden Beitrag verweigern.

Drei Personen beim Baden ertrunken. Zu dem bereits gemeldeten Unfall bei Kontadshöhe, bei welchem drei blühende Menschenleben vernichtet wurden, erfahren wir noch folgendes:

Der Monteur Otto Polster, der mit seiner Frau im Restaurant „Zur Waldburg“ in Kontadshöhe wohnte, war von dem Inhaber des Etablissements ausdrücklich gewarnt worden, an der sogenannten Badeede zu baden, da an dieser Stelle die Habel unweit des Ufers stellenweise ungewöhnlich tief abfällt und der Wasserstand nahe dem Ufer etwa 6 bis 7 Meter beträgt.

Der Junge gerammt aufgefunden wurde gestern auf dem Bahngleise zwischen Lichtenberg und Kaulsdorf die Leiche eines unbekannten Mannes. Der Kleidung nach scheint der Tote dem Arbeiterstande angehört zu haben.

Die Nachforschungen nach dem Defraudanten Bruning, die die Kriminalpolizei auf die jetzt eingelaufene Anzeige eines jüdischen Rechtskonsulenten angelegt hat, sind bis jetzt noch ohne Erfolg geblieben.

Selbstmord verübt haben gestern zwei Personen, der 29 Jahre alte Schankwirt Amandus Dresse aus der Waldenberger Straße 14 und der 72 Jahre alte frühere Fischergeisse und jetzige Rentenempfänger Gotthold Dunsing von der Fischerbrücke 4.

150 000 Mark erschwindelt.

Dem ungeheuren Schwindel, den die 65jährige Putzmacherin Jeannette Lövy aus Schöneberg, Brunenwaldstr. 90, seit Jahren betrieben und mit dem sie Kaufleute sowie Berliner Rotore erheblich geschädigt hat, ist die Schöneberger Kriminalpolizei auf die Spur gekommen und es ist ihr gelungen, die Betrüglerin der L. in vollem Umfange aufzudecken.

Verbotenes Freibaden bei Pichelswerder. Am Stöhensee bei Pichelswerder war im Vorjahr von dem zuständigen Amtsvorsteher das Freibaden gestattet worden, so daß an manchen Sonntagen Hunderte von Ausflüglern sich dort am Strande tummelten.

Bei der Arbeit ertrunken ist gestern nachmittags gegen 4 Uhr ein Maurer an der Michaelbrücke. Der Mann war an einem Vogen der Stadtbahn mit Reparaturarbeiten beschäftigt, glitt ab und stürzte in die Spree, wo er ertrank.

Verletzungen noch nicht geborgen werden, auch sind die Personalien des Ertrunkenen noch unbekannt.

Ein Nordversuch in der Fehrbelliner Straße.

In der Fehrbelliner Straße 24, an der Ecke der Veteranenstraße, betreibt eine Frau Emma Gärtze ein gutgehendes Nahrungsgeschäft. Hinter dem Laden befindet sich noch ein Zimmer. Die Wohnung der Familie befindet sich in der Linienstraße 47. Die Frau steht allein dem Geschäft vor, während ihr Mann in einer Beleuchtungsfabrik in der Französischen Straße beschäftigt ist. Gestern mittags, kurz nach 1 Uhr, als die Frau in dem Zimmer hinter dem Laden mit der Zubereitung des Mittagessens beschäftigt war und die neun Jahre alte Tochter Lucie in einem Liegestuhl eingenickt war, öffnete sich plötzlich die vom Laden nach dem Zimmer führende Tür und herein trat ein Mann, der im selben Augenblick drei Schüsse auf die über ihre Arbeit gebückt stehende Frau abgab. Zwei Kugeln trafen die Frau und steckten sie zu Boden. Eine drang ihr in die linke Kopfseite, die andere in den Hals. Durch die Schüsse wurde die Kleine, die den Mann gar nicht hatte kommen hören, aufgeweckt. Sie sah gerade noch, wie dieser wieder durch den Laden auf die Straße floh und die Veteranenstraße hinunterlief. Sie eilte zu einem Schuhmann, der, als er am Tatort erschien, schon Hausbewohner bei der ohnmächtig am Boden liegenden Frau vorfand. Diese waren ebenfalls durch die Schüsse aufmerksam geworden und durch eine Postkammer in das Hinterzimmer gegangen. Sie fanden hier die Frau in ihrem Blute liegen, stark röchelnd auf und benachrichtigten den Arzt der nächsten Unfallstation. Dieser leistete der schwerverletzten Frau die erste Hilfe und ließ sie dann nach dem Krankenhaus bringen. Wie die genauen Feststellungen ergaben, ist die Frau nur von einer Kugel in den Kopf getroffen worden. Die beiden anderen Geschosse schlugen dicht neben ihr gegen die Wand und prallten dort ab. Die plattgedrückten Kugeln fand man später auf. Frau G. liegt noch bestimmungslos im Krankenhaus und konnte bis zur Stunde noch nicht vernommen werden. Bei der Suche nach dem Täter verfolgt die Kriminalpolizei eine bestimmte Spur.

500 M. Belohnung hat der Polizeipräsident auf die Ergreifung des Täters gesetzt, der gestern mittags den Nordanschlag auf die Frau Gärtze verübte. Nach verschiedenen Zeugenangaben handelt es sich um einen Mann im Alter von ungefähr 36 Jahren, der etwa 1,70 Meter groß und kräftig ist, blondes Haar, einen blonden starken Schnurrbart, ein breites Gesicht, eine dicke Stumpfnase, dicke Lippen, vollständige starke Zähne und eine schlottrige Haltung hat und mit einem graugrünen kleinen Jagdhut, einem Kalerzfittel, einer gestreiften, blaugrauen Hose, einem weißen Kragen und einer schwarz-weiß gestreiften Kravatte bekleidet war. Unter dem Kalerzfittel trug der Täter noch eine schwarze Samtjacke. Allem Anschein nach hat der Mann früher schon Zutritt in die Behausung der Gärtze'schen Eheleute gehabt.

Wer ist der Tote? Aus der Spree gelandet wurde gestern die Leiche eines unbekanntes Mannes. Vorübergehende sahen die Leiche in der Nähe des Rixtas Bruch auf dem Wasser treiben und landeten sie. Der Tote, der nach dem Schaufause gebracht wurde, ist ungefähr 55 bis 60 Jahre alt, 1,78 Meter groß und kräftig, hat einen rötlich-blonden Schnurrbart und trug ein dunkles Jackett, eine schwarze Weste und eine graugestreifte Hose.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Hinter einer Toilette der Parkhalle 8 in der Andreasstraße fand man einen in Packpapier eingewickelten neugeborenen Knaben, der allem Anschein nach sofort nach der Geburt getötet worden ist. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach der Mutter des Kindes waren bisher ohne Erfolg.

Geschäfts-einbrecher waren in der vergangenen Nacht an zwei Stellen in Erfolg tätig. Als Schlangenmensch produzierte sich ein Einbrecher, der dem Herrenartikelgeschäft von E. Behrend in der Friedrichstraße 64 einen Besuch abstattete. Der Dieb hat sich durch ein Fenstergitter, dessen eiserne Stäbe nur 16 Zentimeter voneinander getrennt sind, gezwängt, die Scheibe eingedrückt und sich dann durch eine Breiterwand Eingang in die Abteilung der Panamastühle verschafft. Hier stahl er für ungefähr 1500 M. Herren- und Damenpanamas sowie verschiedene andere Herrenartikelgegenstände. Vor 14 Tagen gingen Einbrecher auf dieselbe Weise in dem Geschäft vor und erbeuteten damals für 8000 M. Waren. — Der zweite Einbruch geschah in der Filiale der chemischen Waschanstalt von Kalläne u. Weiling am Kurfürstendamm 50. Hier öffneten die Diebe die Ladenüre an der Straße mit einem Nachschlüssel und stahlen für 2000 M. Kleidungsstücke und Schmuckstücke. Am schwersten betroffen wurde die Filialleiterin Paula von Harkten, der ihres ganzen Kleiderstücks und Schmuckstücke gestohlen worden sind. Das Fräulein ist nicht versichert.

Aus Gram über den Tod der Mutter hat sich am Mittwoch nachmittag die 29-jährige Luise Müller aus der Damerowstraße in Heinersdorf vergiftet. Vor einiger Zeit war die Mutter des Mädchens, die Rentiere W. verstorben und die Tochter, die ohne Vermögen zurückgelassen war, versiel in eine schwere Melancholie, von der sie sich nicht zu befreien vermochte. Am gestrigen Nachmittag besuchte Fräulein M. das Grab ihrer Mutter und vergiftete sich dann bei ihrer Heimkehr mit Arsenol. Wenige Stunden später wurde die Lebensmüde von Nachbarn aufgefunden und nach dem Heinersdorfer Krankenhaus übergeführt, doch erlag sie bald darauf den Einwirkungen des Giftes.

Der Arbeiter-Radsfahrerkund „Solidarität“, Gau 9, veranstaltet am Sonntag, den 14. Juli, im Vergnügungspark „Neue Welt“ sein diesjähriges Gauefest bestehend aus Konzert, Spezialitäten-Verführungen, Kunst- und Reigenfahrten, Tanz in beiden Sälen und Volksbelustigungen aller Art. — Um 2 Uhr findet ein Radsfahrerkorso mit Musik vom Wartheindeflag zum Festlokal statt. — Vereinsbillets zu 25 Pf. sind nur im Vorverkauf zu haben in den Restaurants A. Niegner, Jahnstraße 12 und Wag Krüger, Poststraße 11.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Wohnung des Geliebten vergiftet. Ein tragischer Vorfall hat sich in dem Hause Spandauer Straße 24 abgespielt. Der dort wohnende Dentist R. unterhielt seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit der 28-jährigen Schneiderin Emmi Lehmann, die bei ihren Eltern in der Rainder Straße zu Berlin wohnt. Zwischen dem Paar hatten sich in letzter Zeit Meinungsverschiedenheiten gebildet, die zu einem Abbruch des Verhältnisses durch R. führten. Er schrieb dem Mädchen einen Brief, daß er das Verhältnis zu lösen wünsche, da er sich demnächst zu verheiraten gedenke. Daraufhin

erschien das Mädchen gestern in der Wohnung ihres Geliebten und hatte noch eine Aussprache mit ihm. Als der Dentist sich in sein Operationszimmer begab, zog die Schneiderin eine Flasche Karbolsäure aus der Tasche und trank deren Inhalt bis zum letzten Tropfen. Die Unglückliche wurde ins Krankenhaus Westend geschafft, wo sie jedoch bald nach ihrer Einlieferung verstarb.

Steglitz-Friedenau.

Der Bildungsausschuß hat gemeinsam mit den Vorständen der Wahlvereine und der Gewerkschafts-Unterkommission den Arbeitsplan für das neue Geschäftsjahr aufgestellt und wird ihn am Sonntag den Genossen durch eine gedruckte Beilage im „Vorwärts“ zur Kenntnisnahme zugehen lassen. Wir bitten die Genossen darauf zu achten und den Arbeitsplan, der in festem Karton und handlichem Format hergestellt ist, aufzubewahren. Die Vereinsvorstände bitten wir, bei der Festlegung ihrer geplanten Veranstaltungen auf die vom Bildungsausschuß festgesetzten Tage Rücksicht zu nehmen. An die Arbeiterschaft richten wir das Ersuchen, sich im kommenden Jahr mehr als bisher an den Veranstaltungen des Bildungsausschusses zu beteiligen.

Der nächste Familienausflug findet am Sonntag, den 14. Juli, nach Schildhorn statt. Abmarsch 10 Uhr vormittags in Steglitz, von der Brunnen- und Meißelstraße, in der Nähe des Botanischen Gartens.

Lankwitz.

Der Männerchor Lankwitz-Abende, der jederzeit bereit ist, die Feste der organisierten Arbeiterschaft zu verschönern, veranstaltet am Sonntag im Restaurant Prochaska, Viktorialstraße, ein Sängersfest. Die Arbeiterschaft wird besonders auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht.

Weißensee.

Die Uebernahme der Birchholzer Milch in eigene Regie ist in der geheimen Sitzung der letzten Gemeindevertretersitzung gegen die Stimme des Herrn Reichert (alle Fraktion) angenommen. Trotz Protestversammlungen, trotz allem Geschrei einer gewissen Presse auf Gemeindevorstand und unsere Vertreter über die Vernichtung des Mittelstandes haben sich die bürgerlichen Herren auf einen Antrag geeinigt, der in der Hauptsache dasselbe bedeutet, was überhaupt bezweckt war. Die Hauptstreiter der Aktion, die Herren Fehner und Schwarz haben sich übergeben lassen, doch mit folgendem Antrage das Richtige getroffen wurde: „Die Milchkuranstalt schließt mit der Gutsverwaltung Birchholz einen Vertrag auf zehn Jahre, wonach Birchholz der Milchkuranstalt alle Milch, die gebraucht wird, liefert. Die Gutsverwaltung Birchholz schließt ihrerseits einen Vertrag mit der Interessengemeinschaft Räfischer Milchproduzenten, wonach diese Firma jedes Quantum Milch, das nach Abzug der Bedürfnisse der Milchkuranstalt übrig bleibt, übernimmt und zwar zum Preise von 14% Pf.; gegen den bisherigen Preis von 14% Pf. Die Milchkuranstalt ist jedoch an den zehnjährigen Vertrag nicht gebunden, sondern hat die Möglichkeit, in jedem Jahre nach vierteljährlicher Kündigung das Vertragsverhältnis zu lösen.“ — Wenn der Stundenkreis der Milchkuranstalt sich so stellt, wie berechnet wurde, dann ist mit diesem Antrage die Frage so gelöst, daß mit dem 1. Oktober die gesamte Milch, circa 1500 Liter pro Tag, von dem Rieselgut Birchholz durch die Gemeinde betrieben wird.

In Abwesenheit des Bürgermeisters hat man die Sache zweimal energisch belämpft, das dritte Mal unter Leitung des Bürgermeisters Knappe alles, nur Herr Reichert hielt fest und treu an seinem krämerischen Standpunkt.

Wilhelmsruh.

Der Arbeiterturnverein veranstaltet bis auf weiteres jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr auf dem Spielplatz des Arbeiterturnvereins, Kopenhagener Straße (am Kleinbahnhof), Kinder-spiele. Die Eltern werden ersucht, für rege Beteiligung zu sorgen.

Klein-Schönebeck-Nichtenau.

Der Umfall des Bürgervereinsvorsitzenden Detae und Schulvorstandemittgliedes Schöffen Förster in der Schulfrage — worüber wir bereits berichtet haben — wird für die Genannten immer blamabler. Wie aus dem Inhalt des hiesigen Bürgervereinsblattens hervorgeht, legte sich der Vorsitzende des Bürgervereins gleichzeitig für eine höhere Schule ins Zeug, als er für die Volksschule das Vierklassensystem erhalten half. Während er mehreren hundert Kindern durch seine Haltung ein vollständig ungenügendes Schulsystem aufzwang, will er ganzen neun Kindern (mehr kommen nach den Feststellungen des Bürgervereins zurzeit nicht in Frage) eine bequem erreichbare höhere Privatschule verschaffen. Im Bürgerverein soll nun Herr Detae — so berichtet das Publikationsorgan — nachdem auch von dieser Seite seine wie die Haltung des Schöffen Förster in der Gemeindevertretung einer vernünftigen Kritik unterzogen worden war, allerdings behauptet haben, daß ihm noch nie eine Klage über unsere hiesige Dreiklassenchule zu Ohren gekommen sei, während Herr Förster mittelste, daß wir hier eine vernünftige Schule besitzen. Ueber den Begriff Vernunft wollen wir mit dem Schöffen Förster noch oledem nicht streiten, aber so viel geht aus der Rechtfertigung beider Herren hervor: ihre Position ist entweder eine herartige Isolation, daß sie zu so lächerlichen Äußerungen und Behauptungen greifen müssen, oder aber sie haben von den Vorgängen innerhalb der Gemeinde wenig oder gar keine Ahnung. Danach wird man auch bei Uebung größter Rücksicht nicht behaupten können, daß die Geschäfte der Gemeindevertretung wie des Schulvorstandes bei beiden Herren in guten Händen liegen.

Neuenhagen (Ostbahn).

In der nach langer Pause am Montag abgehaltenen Gemeindevertretersitzung wurden die Herren Dr. Leubuscher und Bürger in ihr Amt eingeführt und die einzelnen Verwaltungskommissionen wiedergewählt resp. ergänzt. Die Einkommensteuerberechnungskommission besteht aus den Herren Friedrich, D. Schmäde, Landwirt, und dem Genossen Köseling; die Stellvertreter wurden wiedergewählt. — Zur Begründung eines sozialdemokratischen Antrages wurden bekanntlich 218 Unterschriften von wahlberechtigten Gemeindegliedern zu einer Petition gesammelt und darin die Vornahme der Gemeindevertretersitzung als ein gesetzliches Recht anerkannt. Mit 9 gegen 2 Stimmen lehnte man dieses gerechte Verlangen ab. Der Gemeindevorstand erklärte, durch die Sonntagswahl würden die beim Rennsport Beschäftigten rechtlos gemacht werden, desgleichen die wegen stärkeren Bahnverkehrs an Renntagen unabhörmlichen Bahnbeamten; auch hätten bei der Stichwahl am Sonntag weniger gewählt als bei der Hauptwahl an einem Werktag, was gegen die Sonntagswahl spreche. Herr Köseling schied sich in dem

Vorwurf, die Sozialdemokratie könne bei der Sonntagswahl die Wähler besser „gewaltmächtig an den Wahltisch schleppen“, darum sei er Gegner der Sonntagswahl. Genosse Köseling wies diesen Vorwurf energisch zurück und lenkte die Aufmerksamkeit des Vorstehers als leere Äußerung, denn die Renntage sind im voraus für das ganze Jahr festgelegt und man brauchte doch einen Rennsonntag nicht als Wahltag anzusehen. Genosse Köseling drehte den Spieß des Herrn Köseling um und hielt ihm den Terrorismus der bürgerlichen Herren vor Augen, wie man z. B. die Bahn- und Postbeamten truppende kommandiert und die Arbeiter sogar mit Wagen von der Arbeitsstelle holen läßt, um sie unter Kontrolle der Wahlrecht, vielfach gegen ihre eigene Ueberzeugung, ausüben zu lassen. Unser Genosse appellierte an das Gerechtigkeitssinn der Gegner. Umsonst! Die Neuwahl wurde auf Mittwoch, den 17. Juli, vormittags von 11 bis 4 Uhr nachmittags festgelegt; doch nur, um einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Auf unseren Antrag wurde der Montag nach dem 16. eines jeden Monats als regelmäßiger Sitzungstag der Gemeindevertretung bestimmt.

In der nächstfolgenden Sitzung wurde die Anstellung des Gemeindefreiwirtschafters beschlossen.

Spandau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der erste Vorsitzende Genosse Seior den Bericht vom verfloffenen Geschäftsjahre und gedachte in seinen Ausführungen der vier verstorbenen Genossen. An Arbeiten hat es in diesem Jahre nicht gefehlt; es fand nicht nur die Reichstagswahl, sondern auch die Stadtverordneten- und Gemeindevertretersitzungen für Tiefwerder und Gladow, die Spandau unterstellt sind, statt. Bei allen Wahlen hatten wir große Erfolge zu verzeichnen. Bei der Reichstagswahl hatte Spandau einen Zuwachs von über 3000 Stimmen, bei der Stadtverordnetenwahl wurde ein Mandat, bei den Gemeindevertretersitzungen in Tiefwerder und Gladow ebenfalls je ein Mandat erobert.

Im Berichtsjahre fanden unter anderem 10 Generalversammlungen, 12 Jahlabende, 10 Frauen-Vesabende und 82 Volksverammlungen statt. Flugblattverteilungen fanden 18 mit einer Gesamtanzahl von 414000 Exemplaren statt. Den Kassensbericht gab Genosse Köppen. Die Einnahmen und Ausgaben balancierten mit 7981,92 M.; an die Kreisfasse wurden 4992,87 M. abgeliefert. Der lokale Pressefonds beträgt 800,90 M. Der Mitgliederstand ist um 426 auf 1177 gestiegen.

Bestante Diskussion rief die in der vorliegenden Generalversammlung angenommene Resolution hervor; nach langem für und Wider erklärte sich die Versammlung mit der Annahme des Antrages der Vorstandskonferenz einverstanden und hob die Resolution gegen eine starke Minorität auf. — Bei den Wahlen wurde Trompler als erster und Förster als zweiter Vorsitzender, Köppen als Kassierer, Wag Johne II als erster und Karl Vöhl als zweiter Schriftführer, Horung, Vorig und Biel als Revisoren gewählt. Die übrigen Punkte wurden wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Die nächste außerordentliche Generalversammlung findet am 29. Juli bei Köpnic statt.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Pantow-Schönhausen. Sonnabend, den 13. Juli: Radtour nach Bittenwerder. Treffpunkt: 7,10 Uhr abends Bahnhof Pantow (Nord). Uroviani, Röcher und Ueberbacher sind mitzubringen. Auch verleihe sich jeder Teilnehmer mit Wald oder Decke.

Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr: Spiele auf der Schönholzer Parkwiese. Auch Schüler und Schülerinnen der oberen Volksschulklassen können daran teilnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9 1/2 Uhr abends — Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Bahrstuhl) statt.

W. S. 28. Sie behalten Ihre Rechte. — Signal Baderi 897. Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, 16. Jahrgang Seite 316. — W. S. Neue Adressen. — W. S. 12. Fragen Sie direkt an bei der Eisenbahndirektion Berlin. — P. 13. Derartige private Institute gibt es vielfach, doch ist ihre Benutzung sehr teuer. — G. G. Jetter. 3. 1. Ein ausreichendes Bindemittel ist nicht vorhanden. 2. Diese beiden Eigenschaften sind bei Leinwand nicht zu erzielen und Reparate solcher Art nicht zu haben.

Marktbericht von Berlin am 10. Juli 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Kartoffelallianz (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Sojabohnen, weiße, 30,00—50,00. Umlen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinh.) 9,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, non der Sorte 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,40—1,80. Schmelzfleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,20. Kote 1,00—3,20. Bander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,60. Barsche 0,70—2,40. Saiblinge 1,20—3,20. Ule 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—40,00.

Witterungsüberblick vom 11. Juli 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C
Swinemünde	765,90		1	heiter	19	Caparanda	765,80		2	hebel	17
Danzburg	765,00		2	wolkig	18	Petersburg	765,50		1	wolkig	14
Berlin	766,50		1	wolkig	19	Scilly	760,50		2	hebel	15
Frankfurt a. M.	765,90		1	Dunst	20	Aberdeen	758,50		2	hebel	13
München	765,00		1	wolkig	18	Paris	764,80		1	wolkig	18
Wien	765,90		1	halb bb.	18						

Wetterprognose für Freitag, den 12. Juli 1912. Vorwiegend heiter und sehr warm bei meist schwachen Nordwestlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 7.	seit 9. 7.	Wasserstand	am 10. 7.	seit 9. 7.
Remel, Müst	105	-2	Saale, Grochau	70	+7
Bregel, Zankerburg	51	0	Qabel, Spandau	88	0
Reichel, Thon	42	0	Reichenow	80	+9
Oder, Reibor	116	+8	Spree, Spremberg	80	+2
Krossen	93	+4	Bestow	69	0
Krossen	104	-5	Weser, Münden	130	+10
Bärthe, Schrumm	12	0	Münden	100	-4
Landberg	24	-4	Müritzer, Rastow	530	+2
Rege, Forstmann	13	+22	Rand	273	0
Ude, Leitmeritz	22	-10	Rand	256	-5
Drosben	135	-8	Redar, Hellbrom	62	-13
Ferd	127	-7	Rain, Caman	118	0
Wagdeburg	109	-2	Rosel, Trier	19	-6

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

JOSETTI
3rd
Cigarette

VERA

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Montag, den 15. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht vom 2. Quartal. 2. Sektionsangelegenheiten.
- Zahlreicher Besuch aller im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Mitglieder erwartet.
Der Sektionsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1229. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987

Sonntag, den 14. Juli 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller in den Buchdruckerei-Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter (Dreher, Monteure, Schlosser, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter)

in den Musiker-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tagesordnung:

1. Können die in den Buchdruckerei-Maschinenfabriken beschäftigten Kollegen durch einen Tarif ihre gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern? Referent Kollege Handke.
 2. Diskussion.
- Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 14. Juli 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Zaunaufsteller

im Lokale von Merkowiski, Andreasstraße 26.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Zahlreicher Besuch für guten Verlauf der Versammlung.

Sonntag, den 14. Juli 1912, vormittags 10 Uhr:

Brauchen-Versammlung der Emailierer Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4 (Ausgang B).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschlick. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Deute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Die Zahlstelle 59 ist verlegt von Liebigstr. 14 nach Schreinerstr. 5 bei Myronius Manegold.

Achtung!

Die Bibliothek ist wegen Inventur geschlossen. Alle noch ausstehenden Bücher müssen umgehend eingeliefert werden.

Für Kinder ist Fruchtstark

Das Gefundene und Beste für die Herstellung eines Erfrischungsgetränkes. Da aber das Auspressen der Frucht immerhin umständlich und kostspielig ist, wird diesem auf leichteste Art mit den besten und bereits millionenfach gebrauchten Reichels Stangen-Strap-Extrakt abgeholfen. Derselbe enthält das volle edle Fruchtaroma und ergibt eine Flasche 5 Pf. haltbaren, unversehrten von staunenswerter Qualität und reinem Fruchtgeschmack im Himbeer, Kirsche, Erdbeere, Zitronen, Orange, Limette usw. — Originalfl. 75 Pf. Zur Probe 1/2 Flasche 40 Pf. — Jede ökonomische Frau wird von der Einfachheit der Bereitung und der großen Billigkeit überrascht sein, denn 1 Pf. stellt sich für und fertig auf nur 25 Pf. monatlich durch es jeder Familie möglich ist. —



Gen. mark.

Erhältlich in den bekannten Drogerien, die „Original-Reichel-Essenzen“ führen, wenn ausnahmsweise nicht, wende man sich an die Fabrik Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4, Fernspr. IV, 4751, 4752, 4753. Vor untauglichen Nachahmungen wird dringend gewarnt! Man nehme nur die echte Marke „Lichtberg“, denn diese ist einzig und altbewährt. Ausführliches illustriertes Rezeptbuch: „Die Destillierung im Haushalte“ gratis.

Kautabak

Nur echt, wenn jedes Röllchen nebenstehenden Zetteln enthält.

G. A. Hanewacker
Nordhausen.
Schutzmarke.




Hauptniederlage: H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engelauer 5. Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Sonntag, den 14. Juli:

Gau-Fest Neue Welt

und Korfahrt mit Musik.
Abteilungsstart 12 Uhr an den bekannten Stellen. Sammelstart 14 Uhr: Bergmannstr. 5-7 (Habels Brauerei). Bundesgenossen! Schließt die Fahrräder einbeilich nur mit einem Blumenstrauß an der Lenkstange. Blumensträuße a 20 Pf. sind am Sammelstart zu haben.

Reinickendorf.

1. und 2. Abt.: zum Gau-Fest. Start: 12 Uhr im Vereinslokal. 12/3. Zentralfahrwart.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins (E. H. No. 50.)

Sonntag, den 21. Juli 1912: vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 11:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassensbericht vom II. Quartal 1912. 2. Geschäftliches. Der Vorstand. 14906 J. A.: Gustav Dulle.

Nowawes.

Konsumverein für Nowawes und Umgegend.

E. G. m. b. H.

Montag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im Singers Gartengarten, Brückstr. 31:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die Liquidation des Vereins. 2. Wahl der Liquidatoren. 3. Genossenschaftlich-ök. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte. (105/1 Der Aufsichtsrat J. A.: B. Schulz.

Bekanntmachung. Orts-Krankenkasse des Maurer-Gewerbes zu Berlin.

V. Abänderung zu dem Statut vom 24. November 1903.

Artikel I.
Durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung der Kassensmitglieder und der Arbeitgeber vom 22. April 1912 sind ihrem Inhalt nach folgende wesentliche Abänderungen des Statuts vorgenommen, welche durch Beschluß des Bezirksausschusses vom 25. Juni 1912 die Genehmigung erhalten haben.

§ 13 ist bezüglich der Karenztage geändert worden und zwar dahin, daß bei Mitgliedern, welche länger als drei Wochen arbeitsunfähig krank sind, die beiden letzten Karenztage wegfallen.

§ 42. Es ist die Entschädigung des Vorstehenden und Schriftführers für Amtsführung erhöht worden.

§ 58. Die für die Anstellung beim Wahl eines Mandanten maßgebenden Bestimmungen sind geändert worden.

Artikel II.
Die vorstehende Abänderung tritt nach erfolgter Genehmigung mit dem Montage nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft. 277/8

Berlin, den 27. April 1912.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse d. Maurer-Gewerbes zu Berlin.
C. Lehnig, A. Daubas, Schriftführer, Vorsitzender.

Genehmigt durch Beschluß vom 25. Juni 1912.
Der Bezirksausschuß zu Berlin. Abteilung II.

II. O. 52. 12. (I. S.) geg. Wagner. ad. 6028. Gem. II./12.

Wer-Stoff-selbst

Herst. August oder Valeriol nach Rahm in Zuckern, auf Rohbar von 25 R. an. Wenn ich Stoff zugebe, von 45 R. an. Wein Zuschnelle-u. Anprobiersystem bürgt für tadelloser Stoff.
F. Hänke, Prenslauer Str. 25 II. Alexanderplatz.

Voranzeige!

Wir bitten die Einkaufsvorteile unseres

SAISON Ausverkaufs

in dem morgen erscheinenden Inserat zu beachten!

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Jagdhüter Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenfrei!

jeder Art bei

Möbel

Rein und billig

Otto Piehl

Brunnenstrasse 120

<p>Sofas von 52 M. bis 480 M.</p>	<p>Buffetts von 125 M. bis 550 M.</p>
<p>Trumeaus 32 bis 110 M.</p>	<p>Vertikos 38 bis 72 M.</p>

Teilzahlung ohne Aufschlag Komp! Einrichtung von 230 Mark an ca. 60 Musterzimmer ausgestellt

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H.

Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26. — Fernsprecher: Amt Lichtenberg 594, 595, 596, 597.

Morgen Sonnabend, den 13. Juli, eröffnen wir die

91. Verkaufsstelle

Südende, Lichtenfelder Straße 36.

Neuannahmen von Mitgliedern werden in allen Verkaufsstellen entgegengenommen.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Laubsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Köpenicker Platz Ecke Weinmeisterstraße am Friedrichshagen (Nahdort) am Ringbahn.

Neue billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Stoff, richtige Masch., beste Verarbeitung, großer Auswahl.

